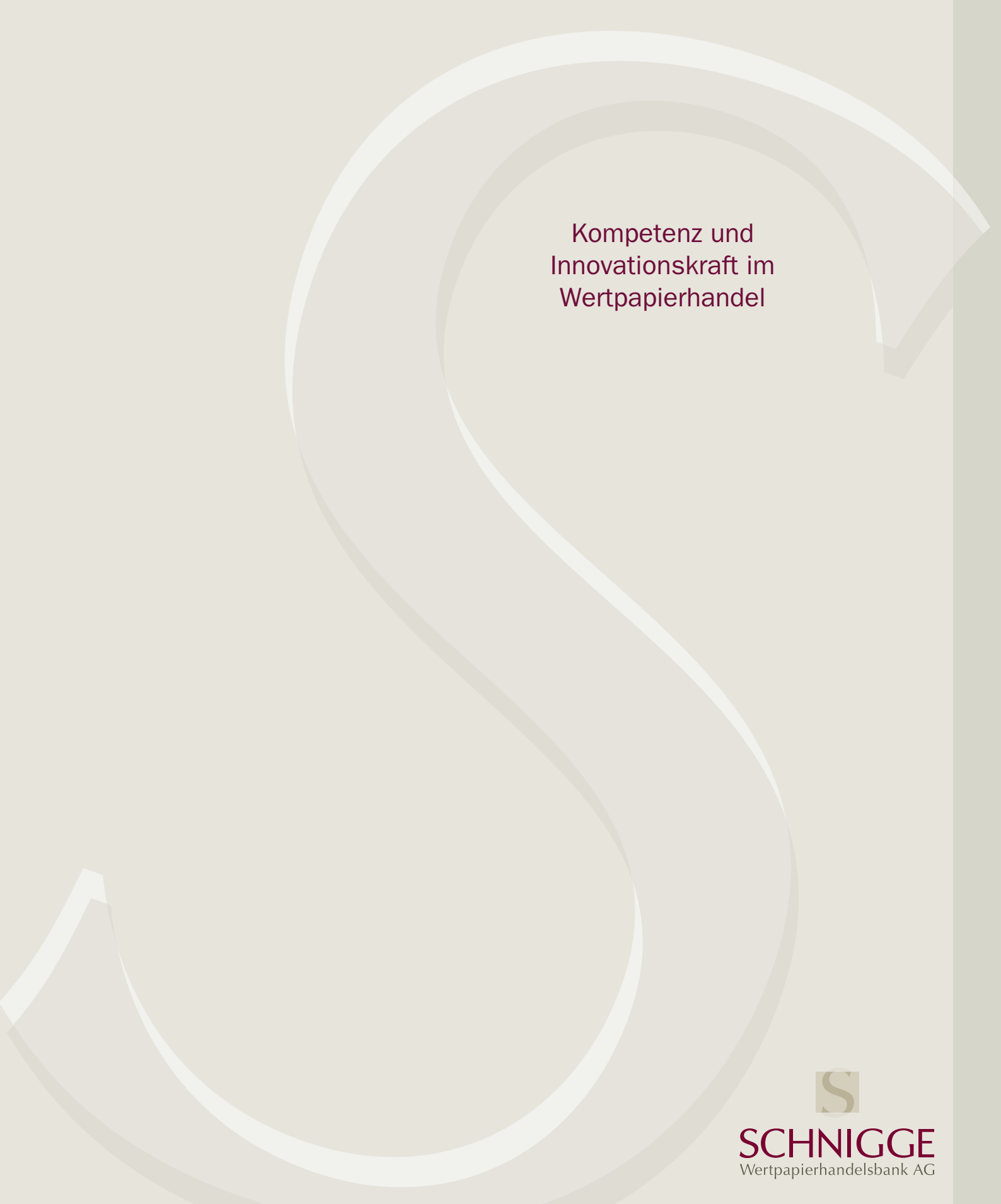




Kompetenz und
Innovationskraft im
Wertpapierhandel



SCHNIGGE
Wertpapierhandelsbank AG

Geschäftsbericht 2009

>> SCHNIGGE WERTPAPIERHANDELSBANK AG AUF EINEN BLICK

Entwicklung wichtiger Kennzahlen im Drei-Jahres-Überblick:

Geschäftsjahr		2009	2008	2007
Bilanzsumme	TEuro	10.091	18.153	11.896
Grundkapital zum 31.12.	TEuro	2.802	2.802	2.241
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	TEuro	478	-201	205
Jahresüberschuss	TEuro	503	-201	22
Jahresüberschuss pro Aktie	Euro	0,18	-0,07	0,01
Ausschüttung	TEuro	560	0	1.009
EBIT	TEuro	544	-200	350
EBITDA	TEuro	1.199	57	495
Mitarbeiterzahl am 31.12.		27	30	25



>> INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
VORWORT DES VORSTANDES	5
DIE GESELLSCHAFT	6
AKTIENKURSENTWICKLUNG	6
UNTERNEHMENSSTRATEGIE	7
LAGEBERICHT	9
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	9
Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr	9
Geschäftsverlauf und -lage	9
Bilanz- und Ergebnisentwicklung	9
Berichte aus den einzelnen Geschäftsbereichen	10
Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem	
bezogen auf den Prozess der Rechnungslegung	10
Risikostrategie und Gesamtbanksteuerung	12
Risikostrategie	12
Gesamtrisikoprofil	12
Adressenausfallrisiken	12
Marktpreisrisiken	13
Liquiditätsrisiken	14
Operationelle Risiken	14
Sonstige Risiken	15
Chancen und Risiken zukünftiger Entwicklungen	16
Aktienrechtliche Angaben	17
Angaben zur Vergütungsstruktur für die Organmitglieder	17
Erklärung über die Unternehmensführung	17
Angaben zur Kapitalstruktur – Übernahmerelevante Informationen	17
Besondere Ereignisse nach Schluss des Geschäftsjahres	18
Ausblick	18
Schlusserklärung des Abhängigkeitsberichtes	19
JAHRESABSCHLUSS	21
Bilanz zum 31.12.2009	22
Gewinn- und Verlustrechnung 2009	24
Anhang	26
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	32
CORPORATE GOVERNANCE BERICHT	33
ENTSPRECHENSERKLÄRUNG ZUM DEUTSCHEN CORPORATE GOVERNANCE KODEX	34
ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG	35
VERGÜTUNGSBERICHT	36
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	37
INVESTOR RELATIONS	38



Kompetenz und
Innovationskraft im
Wertpapierhandel

>> VORWORT DES VORSTANDES

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

2009 war für die Schnigge Wertpapierhandelsbank AG ein verhältnismäßig erfolgreiches Jahr. Denn die Rahmenbedingungen waren auch im abgelaufenen Geschäftsjahr weiterhin sehr schwierig. Nach den heftigen Turbulenzen insbesondere im Schlussquartal 2008 konnten sich die Märkte nach einem schwachen 1. Quartal mit starken Kurseinbrüchen im weiteren Jahresverlauf 2009 wieder stabilisieren. Trotz der positiven Kursentwicklung an den Aktienmärkten ist ein wesentlicher Baustein unseres Geschäftsmodells - die Umsatztätigkeit an den Börsen - im gesamten Jahr 2009 um nahezu 50% eingebrochen. Die Börsenumsätze sind unverändert trotz leichter Belebnungsansätze auch in den ersten Monaten des Jahres 2010 als weiter schwach einzustufen.

Das positive Gesamtergebnis resultiert aus einer ausgeprägten Kostendisziplin, entsprechend vorgenommenen Anpassungen im Geschäftsmodell auf die externen Rahmenbedingungen sowie aus einer strikten Risikokontrolle, die geholfen hat, gerade in Marktschwächephasen Verluste zu vermeiden. Durch diese Positionsführungsdisziplin gelang die Erwirtschaftung positiver Deckungsbeiträge in allen wesentlichen Geschäftsbereichen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben es zudem im Jahresverlauf kontinuierlich geschafft, die sich bietenden Geschäftsmöglichkeiten zu nutzen, ohne das Risiko für die Gesellschaft wesentlich zu erhöhen.

Somit befinden wir uns zu einer Zeit des Umbruchs im Finanzsektor in der erfreulichen Lage, der diesjährigen Hauptversammlung am 22. Juni 2010 eine Dividende in Höhe von 0,20 Euro pro Aktie vorzuschlagen. Daneben ist es uns gelungen, nicht nur den Aktionären einen Beitrag am Geschäftserfolg zu gewähren, sondern zudem die Kapitalbasis über die Einstellung eines Betrages von 360.000,00 Euro in den Fonds für allgemeine Bankrisiken zu stärken.

Die Finanzkrise einerseits als auch die voraussichtlichen systematischen Änderungen des Börsenhandels andererseits lassen die Bildung größerer wirtschaftlicher Einheiten notwendig erscheinen. So schreitet die Konsolidierung in unserer Branche weiter voran, und unsere Gesellschaft versucht, hierbei eine aktive Rolle zu übernehmen. Geschäftserweiterungen werden aber nicht um jeden Preis umgesetzt, sondern nur bei entsprechendem Chancen- wie auch Risikoprofil und klarem zukunftsorientierten Mehrwert für unser Unternehmen.

Wir werden weiterhin in unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investieren, um über eine ausgeprägte Dienstleistungsmentalität und -qualität den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Daher möchten wir uns an dieser Stelle auch ausdrücklich bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die wieder einmal mit viel Engagement in kritischem Marktumfeld professionelle und ertragreiche Arbeit geleistet haben.

Für das laufende Geschäftsjahr sehen wir die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zwar stabiler, aber insbesondere in unseren Geschäftsbereichen immer noch als schwierig an. Mögliche Auswirkungen der Finanzkrise könnten durchaus mit Zeitverzögerung auf die Märkte treffen. Wir sind weiterhin trotz dieser unsicheren Ausgangssituation bestrebt, auch in 2010 ein positives Ergebnis für unsere Aktionäre zu erwirtschaften.

Düsseldorf, im Mai 2010

Florian Weber

Martin Liedtke

>> DIE GESELLSCHAFT

SCHNIGGE WERTPAPIERHANDELSBANK AG

Vorstand

Florian Weber, Vorsitzender (CEO)
Martin Liedtke (CFO, COO)

Aufsichtsrat

Günther P. Skrzypek, Vorstand, Oberursel, Vorsitzender
Dr. Thomas Schmitt, Vorstand, Königstein, stv. Vorsitzender
Anthony M. Coveney, Executive Director, Ralgate/GB (Niederlegung zum 31.12.2009)
Dr. Jürgen Frodermann, Rechtsanwalt, Düsseldorf (gerichtlich bestellt am 11.12.2009 zum 1.1.2010 bis zum Ablauf der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2009)

Handelsplätze und -systeme (im Berichtsjahr)

Deutsche Börse AG, Frankfurt
Börse Berlin
Börse Düsseldorf
Börse Hamburg
Börse Stuttgart
Börsensystem Xetra®
Börse Wien

Hauptsitz

Düsseldorf

Niederlassungen

Frankfurt am Main

Handelsregister

Düsseldorf unter HRB 36 608

>> AKTIENKURSENTWICKLUNG

Stammdaten: (Stand April 2010)

Inhaber Stammaktien

Börsenkürzel SHB3, WKN A0EKK2, ISIN DE000A0EKK20
Anzahl Aktien 2.801.785 im rechnerischen Wert von je EUR 1,00.

Aktionärsstruktur (Stand April 2010)

AUGUR Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG	90,147 %
Streubesitz	9,853 %

Den negativen Auswirkungen der internationalen Finanzkrise und der damit einhergehenden Kursschwäche konnte sich auch die Aktie unserer Gesellschaft nicht entziehen. Im ersten Quartal lag die Aktie mit EUR 3,10 auf dem Schlussniveau von 2008 bevor es unter kleineren Schwankungen im Laufe des Jahres im Rahmen der allgemeinen Kurserholungen auch bei der SCHNIGGE Aktie zu einem Kursanstieg kam. Zum Jahresende lag der Kurs bei EUR 4,50, der Jahresdurchschnitt unserer Aktie lag bei EUR 3,49. Aufgrund unserer Aktionärsstruktur waren die Umsätze auch in 2009 gering.



>> UNTERNEHMENSSTRATEGIE

Das Kerngeschäft der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank liegt im Bereich des Wertpapierhandels, insbesondere in der Skontroführung. Um die bestehende und geforderte Infrastruktur einer börsennotierten, unter Aufsicht der BaFin stehenden Wertpapierhandelsbank noch rentabler ausnutzen zu können (Skaleneffekte), bleibt der maßvolle Ausbau der Handelsbereiche auch weiterhin ein vordringliches Ziel unseres Unternehmens. Dies gilt insbesondere für die Geschäftsbereiche des börslichen Fondshandels wie auch der Skontroführung Aktien / Renten in Frankfurt.

Die Stabilisierung und die Erweiterung der Ertragsbasis sowie hieraus resultierend die mittelfristige Stärkung der Rücklagen bzw. des haftenden Eigenkapitals und der verfügbaren Liquidität hat die höchste Priorität für uns.

Ein Wachstum um bzw. zu jedem Preis erscheint auch im Rahmen der bereits stattfindenden Konsolidierung in der Branche der Banken / Finanzdienstleister nicht sinnvoll und gefährdet das mittelfristige Ziel der Kapitalstärkung / Bestandssicherung.

Die Gesellschaft prüft kontinuierlich, ob und inwieweit bisher ausschließlich im Inland erbrachte Dienstleistungen auch in anderen europäischen Ländern ertragreich anzubieten sind.

HANDEL

Der Handel in Wertpapieren – Aktien / Fonds / Renten / Genussrechte - ist die Keimzelle der Gesellschaft und nach wie vor das wesentliche operative Standbein. Im Handel ist der Trend der Orderausführung auf elektronischen Plattformen (XETRA / Scoach) bereits seit Jahren im Gange. Weitere Anbieter versuchen über eigene Plattformen wie z. B. Turquoise und Chi-X als Konkurrenz zum XETRA – System der Deutsche Börse AG Umsätze - insbesondere in den liquiden großen Werten - zu generieren. Aufsehen erzielte der im November 2009 mitgeteilte mehrheitliche gesellschaftsrechtliche Einstieg der Deutsche Börse AG bei der Tradegate Exchange GmbH sowie mit einem Anteil von 5 % an der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank von der Berliner Effektingesellschaft AG. Ziel ist der weitere europäische Ausbau von Tradegate als Retailbörse. Die Entwicklung dieser Zusammenarbeit und evtl. Auswirkungen auf unsere Geschäftsbereiche sind derzeit noch nicht abschließend einzuschätzen.

Die Position als Skontroführer in Frankfurt konnten wir vorerst durch die weitere Zuteilung von Aktienskonten im regulierten Markt durch die Deutsche Börse AG vom 01. Oktober 2009 bis zum 27. März 2012 festigen. Der Börsenrat der FWB Frankfurter Wertpapierbörse hat jedoch am 01. März 2010 die Einstellung des skontroführerbasierten Präsenzhandels im regulierten Markt mit Wirkung zum 28. Februar 2012 beschlossen. Spätestens mit Ablauf der Übergangsfrist am 28. Februar 2012 wird der Handel im regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse

ausschl. über das elektronische Handelssystem Xetra erfolgen. An die Stelle des Skontroführers tritt die Funktion eines Spezialisten. Die detaillierte Ausgestaltung des Spezialistenmodells und der Zeitpunkt der Einführung sind noch offen. Die Auswirkung gegenüber der durch die Schnigge Wertpapierhandelsbank AG bisher ausgeübten Tätigkeit als Skontroführer im regulierten Markt in Frankfurt bleibt abzuwarten.

Die Skontroführung im Bereich des Fondshandels konnte in Frankfurt bisher nicht - über den bereits diesbezüglich seit Jahren bestehenden operativ erfolgreichen Tätigkeitsfeldern in Düsseldorf und Hamburg – ausgebaut werden. Dies bleibt bei vertretbaren Erwerbskosten auch weiterhin ein erklärtes Ziel unseres Unternehmens.

Im Eigenhandel wird bei nur kurzer Haltedauer versucht, Gewinne zu erzielen. Das Eingehen strategischer langfristiger Positionen ist derzeit nicht geplant. Die Liquidität einer Aktie und damit die Möglichkeit der Glattstellung bei negativer Entwicklung spielt bei Eingehen einer Position eine wesentliche Rolle.

Die bestehenden Geschäftsfelder mit den institutionellen Kunden / Sales und Brokerage wie auch im Designated Sponsoring wollen wir beibehalten und bei verbesserten Märkten bzw. bei sich ergebenden personellen Opportunitäten stabilisieren und ausbauen.

CORPORATE FINANCE

Der Bereich Corporate Finance wird sich unverändert auf die Beratung bzgl. Finanzierungsstrategien bzw. -instrumenten für kleine und mittelgroße Unternehmen konzentrieren. Dies auch vor dem Hintergrund des eigenen Leistungsangebotes beim Listing unterschiedlicher Wertpapiere.

Zur Darstellung dieses komplexen Dienstleistungsumfangs werden wir aus Kostengründen die entsprechende Wertschöpfungstiefe durch Mitarbeiterkapazitäten nicht vollumfänglich selbst aufbauen, sondern teilweise auf entsprechende Outsourcing - Angebote zurückgreifen.

FINANZPORTFOLIOVERWALTUNG

Den Bereich Finanzportfolioverwaltung wollen wir auf Grund von Synergien mit unserem Kerngeschäft „Handel“ sowie sich bietender Cross-Selling Möglichkeiten mit Bestandskunden mittelfristig aufbauen. Die vorhandene Lizenz gibt uns hierfür den aufsichtsrechtlich erforderlichen Rahmen.

Auch beim Aufbau des Service-Angebotes im Bereich Finanzportfolioverwaltung gilt für uns das Primat der maßvollen Investiti-

onspolitik, d.h. dass auch hier die zur Leistungserstellung erforderliche Wertschöpfungstiefe im eigenen Haus möglichst klein gehalten wird und nur bei vertretbarem Profil das Geschäftsfeld ausgebaut wird. Dies zeichnet sich derzeit für 2010 nicht ab.

STABSBEREICHE / SONSTIGE KOSTEN

Die Struktur einer börsennotierten Aktiengesellschaft unter Aufsicht der BaFin bringt eine Vielzahl zusätzlicher Anforderungen und somit entsprechender Kosten mit sich. Nahezu alle notwendigen Dienstleistungsbereiche sind outgesourced, um die fixen Kosten der Stabs- wie auch sonstiger Bereiche so gering als möglich zu halten.

INVESTITIONEN

Bei allen Aktivitäten zur Förderung des weiteren Unternehmens- und Gewinnwachstums ist für uns die Prämisse der bestandssichernden Umsichtigkeit handlungsleitend. Die Stärkung der Rücklagen und damit das Wachstum des haftenden Eigenkapitals sowie der verfügbaren Liquidität hat die höchste Priorität für uns. Dazu ist mittelfristig ein sukzessiver Ausbau der Geschäftsaktivitäten notwendig. Diese Investitionen haben jedoch in einem angemessenen finanziellen Verhältnis zur Unternehmensstruktur und der Risikotragfähigkeit der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zu stehen.



>> LAGEBERICHT 2009

1. WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Das Gesamtjahr 2009 kann man von den Rahmenbedingungen her für Finanzdienstleister als schwierig bezeichnen. Für viele hat es einen überraschenden Verlauf genommen, denn nach dem ersten Quartal hatten nur wenige Marktteilnehmer dem DAX eine Rallye von annähernd 50 % zugetraut. Die erfreuliche positive Kursentwicklung konnte den für unser Geschäftsmodell dramatischen Umsatzrückgang – in einzelnen Segmenten über 50 % – zumindest teilweise kompensieren.

2. ENTWICKLUNG DER GESELLSCHAFT IM BERICHTSJAHR

a) Geschäftsverlauf und -lage

Der Start in das Jahr 2009 war sehr schlecht. Dies hing auch mit der Sondersituation der enorm hohen Umsatztätigkeit im Fondshandel zum Jahresende 2008 aufgrund der Einführung der Abgeltungsteuer ab dem 1. Januar 2009 zusammen. Entsprechend gering war die Umsatztätigkeit in diesem Bereich Anfang 2009.

Der Bereich der Aktienskontroführung in Düsseldorf war analog dem Gesamtjahr 2008 auch in den ersten Monaten des Jahres 2009 defizitär. Nach erfolgter Umsetzung diverser Maßnahmen ist dieser Bereich seit Mitte des 2. Quartals 2009 wieder profitabel. Aufgrund einer sehr stabilen Geschäftsentwicklung ab dem 2. Quartal 2009 wurde in allen wesentlichen Geschäftsbereichen sowie kumuliert bei SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG im Gesamtjahr ein gutes Ergebnis erzielt.

Die Position als Skontroführer in Frankfurt konnten wir vorerst durch die erneute Zuteilung von Aktienskonten im regulierten Markt durch die Deutsche Börse AG vom 1. Oktober 2009 bis zum 28. Februar 2012 festigen. Der Börsenrat der FWB Frankfurter Wertpapierbörse hat allerdings am 1. März 2010 die Einstellung des skontroführerbasierten Präsenzhandels im regulierten Markt mit Wirkung zum 28. Februar 2012 beschlossen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt – nach dem kommunizierten Willen der Deutschen Börse AG im Konsens mit den Skontroführern lieber früher – wird es in Frankfurt die Tätigkeit der Maklerschaft in der jetzigen Form nicht mehr geben. Spätestens dann wird der Handel im regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse ausschließlich über das elektronische Handelssystem XETRA erfolgen. An die Stelle des Skontroführers tritt die Funktion eines Spezialisten. Die detaillierte Ausgestaltung der vorgesehenen neuen „Spezialistentätigkeit“ der heutigen Skontroführung in

Frankfurt spätestens ab diesem Zeitpunkt wie auch den hiermit zusammenhängenden Wegfall der Aufgabengeschäfte, welche wesentlich höhere Kapitalerfordernisse bzw. -anforderungen an die Teilnehmer mit sich bringen wird, ist derzeit noch nicht geklärt. Unser Haus ist in verschiedenen zukunftsorientierten Abstimmungsprozessen integriert. Der Ausgang ist als offen zu bezeichnen. Ob unser Haus am Spezialistenmodell teilnehmen will bzw. darf sowie die Umsetzung entsprechender Maßnahmen ist zu gegebener Zeit zu entscheiden.

b) Bilanz- und Ergebnisentwicklung

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist mit dem operativ erwirtschafteten Ergebnis im Geschäftsjahr 2009 zufrieden. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit lag bei EUR 0,48 Mio. nach minus EUR 0,2 Mio. im Vorjahr. Der Jahresüberschuss belief sich auf EUR 0,5 Mio. nach einem Jahresergebnis von minus EUR 0,2 Mio. im Geschäftsjahr 2008.

Die gebildete Risikovorsorge von EUR 0,36 Mio. über die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken wirkte entsprechend ergebnisbelastend (Vj. Ertrag aus der Auflösung von EUR 2,18 Mio.). Aufsichtsrechtlich wird dieser in die Passiva eingestellter Betrag den Eigenmitteln wieder hinzugerechnet.

Das Ergebnis aus Courtagen und Provisionen war im Geschäftsjahr 2009 mit EUR 3,62 Mio. um EUR 0,56 Mio. höher als im Vorjahr. Das Ergebnis aus Finanzgeschäften verbesserte sich um EUR 2,64 Mio. auf EUR 3,48 Mio. (Vj. EUR 0,84 Mio.). Das Zinsergebnis einschließlich Dividenden betrug EUR 0,08 Mio. (Vj. EUR 0,19 Mio.).

Der Personalaufwand hat sich auf EUR 3,18 Mio. gegenüber EUR 2,87 Mio. in 2008 erhöht, die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr von EUR 3,38 Mio. um EUR 0,85 Mio. auf EUR 2,53 Mio. verringert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit EUR 0,24 Mio. über denen im Vorjahr (EUR 0,15 Mio.).

Die Erhöhung der Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen um EUR 0,40 Mio. auf EUR 0,66 Mio. (Vj. EUR 0,26 Mio.) resultiert im Wesentlichen aus der seit November 2008 erforderlichen Abschreibung auf den immateriellen Wert der erworbenen Skontenmarktanteile.

Der Steuerertrag von TEUR 26 resultiert mit TEUR 4 Steueraufwand aus dem Jahresergebnis 2009 und Steuererstattungen von TEUR 30 aus Ergebnissen der Vorjahre sowie einer abschlie-

ßend durchgeführten Betriebsprüfung bis einschließlich 31. Dezember 2007.

Die Bilanzsumme verringerte sich auf EUR 10,1 Mio. gegenüber EUR 18,2 Mio. in 2008. Die stichtagsbezogen erhöhte Bilanzsumme per 31. Dezember 2008 hing mit dem Sondereffekt der hohen Geschäftstätigkeit und hieraus resultierend hohen Wertpapierbeständen zum Jahresende 2008 vor dem Hintergrund der Einführung der Abgeltungsteuer ab dem 1. Januar 2009 zusammen.

Der Gesellschaft wird ein nachrangiges Darlehen in Höhe von EUR 1,0 Mio. zur Verfügung gestellt. Unter Einbezug dieses Darlehens, welches den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG entspricht und nach der Ausschüttung der vorgeschlagenen Dividende von EUR 0,56 Mio. verfügt die Gesellschaft über ein haftendes Eigenkapital von EUR 5,35 Mio.

Die grundsätzlich aufsichtsrechtlich begrenzten Geschäftsmöglichkeiten haben sich durch das erhöhte KWG-Eigenkapital partiell verbessert.

c) Berichte aus den einzelnen Geschäftsbereichen

Innerhalb der Gesellschaft gliedern sich die grundsätzlich im Wesentlichen mit dem Wertpapierhandel zusammenhängenden Geschäftsbereiche weiter auf. Im Geschäftsbereich Handel in Eigenhandel, Skontroführung, Salestrading sowie außer- und vorbörslicher Aktienhandel. Des Weiteren bestehen die Geschäftsfelder Vermögensverwaltung, Corporate Finance sowie das Retailgeschäft mit der Fortführung auslaufender Verträge. Alle wesentlichen Geschäftsbereiche haben mit positiven Ergebnisbeiträgen zum guten Gesamtergebnis beigetragen.

Eigenhandel

Im Rahmen des Eigenhandels werden Aktien sowie Rentenpositionen im Handelsbestand geführt. Hierzu zählt auch der Handel mit nicht notierten Werten (Telefonhandel) und Genussscheinen.

Skontroführung

Im Rahmen der Skontroführung führt der beauftragte Makler Angebot und Nachfrage zusammen und sorgt damit für die Preisfeststellung in den ihm von der jeweiligen Börse zugeordneten Wertpapieren.

Der börsliche Fondshandel steht mittlerweile nicht mehr in der Kritik verschiedener Lobbygruppen, im Gegenteil wird er immer wieder als Beispiel für flexible, kostengünstige und transparente Handelsmöglichkeit herangezogen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass viele Fondsgesellschaften wegen der besonderen Marktsituation die Rücknahme von Fondsanteilen für einen befristeten Zeitraum eingestellt hatten bzw. haben. Der Börsenhandel ist dann der einzige offene Weg für Anleger, ihre Fondsanteile zu veräußern. Die Einführung der Abgeltungssteuer

ab dem 1. Januar 2009 und entsprechend vorgezogene hohe Umsätze im Dezember 2008 sorgten insbesondere im 1. Quartal 2009 für eine geringe Umsatzfähigkeit.

Der Markt der Skontroführung im Bereich der Genussscheine war belastet durch den Umstand, dass die Mehrzahl von Genussscheinen aus dem Banksektor emittiert worden sind. Durch die Bankenschwäche stieg das Risiko, dass der Risikocharakter des Eigenkapitalersatzes Genussschein voll durchschlägt. Daher waren sowohl die Kurse als auch die Umsatzfähigkeit überwiegend schwach. Negativ wirkte sich auch die Schließung eines Genussscheinfonds auf den Markt aus. Da auch die Inhaberschuldverschreibungen der Banken und Sparkassen, die von SCHNIGGE betreut werden, wegen bilanzieller Änderungen nicht neu aufgelegt werden, hat die Bedeutung dieses Bereiches gegenüber den Vorjahren weiter verloren. Der Bereich der Skontroführung Renten in Frankfurt sowie Düsseldorf war aufgrund durch die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG eingeführter Renten ein weiteres Standbein.

Die Bankenkrise hat der Aktienskontroführung in Frankfurt insbesondere umsatztechnisch sehr gut getan. Bis zur Skontrenneuverteilung hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG u. a. die Aktien der Deutschen Bank betreut, die zuletzt nach den Auswertungen der Deutschen Börse einen Umsatzanteil von knapp 9 % der Frankfurter Parkettbörse ausgemacht haben. Auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung erfolgte im September 2009 eine Skontrenneuverteilung. Mit der Skontrenneuverteilung ist festzustellen, dass SCHNIGGE zwar weiterhin einen signifikanten Marktanteil betreuen wird, es allerdings wesentlich schwieriger geworden ist, ähnlich gute Erträge wie vorher zu erzielen.

Bei der Skontroführung Aktien in Düsseldorf war das erste Quartal 2009 noch durch negative Erträge gekennzeichnet. Mehrere Maßnahmen haben dann aber ab Mai 2009 dazu geführt, dass sich der Bereich wieder positiv entwickelt hat. Zum Jahresende wurden noch einmal die Anzahl der gehandelten Papiere wesentlich erweitert.

Retailgeschäft

Der ursprünglich unter dem Bereich Retail verstandene Geschäftsteil der Vermittlung von Versicherungen, Investmentfonds und anderen zulassungsfreien Produkten wurde bereits im Jahr 2004 durch Rückübertrag an den damaligen Partner, die OFL AnlagenLeasing AG, Dresden, eingestellt. Das diesem Geschäftsbereich grundsätzlich zugeordnete Geschäft der Abwicklung von Vermögenswirksamen Leistungen (VWL) wird noch für eine Übergangszeit bis zum Übertrag an einen neuen Abwickler zu unveränderten Konditionen von uns fortgeführt. Spätestens mit Beendigung der VWL-Verträge durch Laufzeitende wird dieses Geschäft eingestellt.

Vorbörslicher Handel

Der vorbörsliche Handel, früher wesentliche Stütze des Ertrags der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, ruht aufgrund der bekannten Marktverhältnisse nahezu seit einiger Zeit. Als Alternativlösung nutzen viele Gesellschaften die Möglichkeit, prospektfrei ohne IPO ihre Wertpapiere zumindest an den Börsen listen zu lassen. Vor einer sich nicht allgemein festigenden Lage an den Börsen und einem verbesserten Anlegervertrauen sehen wir keine Veränderung zum Positiven, auch wenn im ersten Quartal 2010 wieder die ersten Börsenkandidaten den Gang auf das Parkett wagen.

Außerbörslicher Handel

Der Bereich des außerbörslichen Telefonhandels ist Bestandteil des Eigenhandels. Die negative Grundstimmung an den Börsen wirkte sich auch im Telefonhandel aus, so dass dort kaum Umsätze zu verzeichnen waren. Wie beim vorbörslichen Handel müssen sich erst die Rahmenbedingungen verbessern, bevor wir ein Anziehen dieses Geschäftsbereiches erwarten können.

Asset Management

Die Geschäftsaufnahme im Bereich Asset Management wurde im Dezember 2008 mit einem Mandat und positivem Ergebnisbeitrag in 2009 gestartet. Je nach Marktlage wird über den maßvollen Ausbau nachgedacht.

Corporate Finance

Der Geschäftsbereich Corporate Finance umfasst im Wesentlichen die Aktivitäten rund um Börseneinführungen und Listings. Auf Grund des extrem zyklischen Geschäftsfeldes haben wir uns entschieden, diesen Bereich nicht mit weiteren Personalressourcen auszubauen. Wir wollen die vorhandenen Kompetenzen in der Beratung bei sich verbesserten Märkten und sich ergebenden Geschäftsansätzen für den Kunden wertschöpfend einbringen.

Die Gesellschaft hat die aufsichtsrechtliche Genehmigung des Platzierungsgeschäftes. Hierüber verfügt die Gesellschaft über die Möglichkeit, sich an – natürlich auch im heutigen schwierigen Marktumfeld immer noch existenten - attraktiven Transaktionen zu beteiligen, ohne die Risiken einer Übernahme von Positionen auf die eigene Bilanz eingehen zu müssen.

Das Geschäft mit Listings von Aktiengesellschaften aus dem In- und Ausland ist weiterhin attraktiv. Wir sind sukzessive dabei, dieses Angebot, erweitert um Serviceleistungen für die bereits betreuten Unternehmen, zukünftig verstärkt anzubieten.

Stabs- und Verwaltungsbereiche

Von den Ressourcen her sind wir auch im Stab schlank aufgestellt und haben verschiedene Dienstleistungen outgesourct. Wir

wollen dies auch in unmittelbarer Zukunft bei unveränderten Geschäftsstrukturen so belassen, um nicht bei sinkenden Erträgen unmittelbar in eine Kostenfalle zu laufen. Bestimmte Strukturen sind allerdings als börsennotierte Gesellschaft unter der Aufsicht der BaFin vorgegeben. Die diesbezüglichen Anforderungen dürften zukünftig noch mehr steigen.

Beteiligungen

Ein aktives Beteiligungsgeschäft wurde im Jahr 2009 nicht durchgeführt und ist auch mittelfristig nicht geplant.

Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2009 waren bei der Gesellschaft einschließlich der Mitglieder des Vorstandes 27 (Vorjahr 30) Mitarbeiter/innen beschäftigt. Für das Jahr 2010 sind keine nennenswerten Veränderungen vorgesehen.

Auf Basis der jeweiligen individuellen wie auch bereichsbezogenen guten Leistungen wurden an die Mitarbeiter/innen marktgerechte Tantiemen ausgezahlt.

Neben der Ausstattung und dem Ausbau der Gesellschaft mit ausreichenden finanziellen Mitteln sind auch weiterhin die Mitarbeiter das wichtigste Kapital für das Unternehmen. Allen Kollegen/-innen gebührt der Dank für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit.

3. INTERNES KONTROLLSYSTEM UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM BEZOGEN AUF DEN PROZESS DER RECHNUNGSLEGUNG

Die eingerichteten Abläufe sowie die jeweiligen Tätigkeiten innerhalb der Rechnungslegung zeichnen sich im Hinblick auf die Verantwortungsbereiche, Kontrolle sowie Führung durch eine klare Strukturierung aus.

Die für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG als Kreditinstitut geltenden Anforderungen an das Handelsgeschäft schreiben eine klare Trennung zwischen den Funktionseinheiten „Handel“, Abwicklung und Kontrolle“, „Überwachung“ und „Rechnungslegung“ vor, die funktional und organisatorisch gegeben ist.

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG verfügt zur Abwicklung des Wertpapiergeschäfts über umfangreiche Strukturen, Systeme und Maßnahmen, welche die Effektivität und Sicherheit des Rechnungslegungsprozesses einschließlich der Erstellung des Halbjahres- und Jahresabschlusses gewährleisten.

Grundlage des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystems ist die enge Zusammenarbeit mit auf das Wertpapiergeschäft spezialisierten externen Partnern. Im Rahmen von Auslagerungslösungen werden die Geld- und Stückerbuchhaltung und die Erfassung aller Wertpapiergeschäfte einschließlich der Wert-

papierstammdaten extern abgewickelt. Die Wertpapiergeschäfte werden größtenteils über das System der Börsenabwicklungsgesellschaft der Deutsche Börse AG, Frankfurt am Main, erfasst. Bei Übernahme der Buchungen in die Finanzbuchhaltung erfolgen fest implementierte Abstimmungen und Kontrollen durch die überwachenden Funktionseinheiten.

Neben diesen in der Organisation implementierten Kontrollen werden die Funktionsbereiche durch Vorgesetzte bzw. den Vorstand überwacht.

In allen Phasen des Rechnungslegungsprozesses werden ausschließlich Standardsoftwaresysteme eingesetzt. Alle eingesetzten EDV-Systeme sind durch geeignete Sicherheitsmaßnahmen vor unbefugtem Zugriff geschützt.

Alle rechnungslegungsrelevanten Prozesse werden regelmäßig durch die Interne Revision überprüft.

Das Vier-Augen-Prinzip wird durchgängig bei allen Prozessen und Abläufen angewendet.

In allen wesentlichen Fragen der Rechnungslegung ist der Finanzvorstand unmittelbar eingebunden. Sofern erforderlich, werden externe Dienstleister (Steuerberater, Wirtschaftsprüfer) mit angemessener Qualifikation zur Umsetzung und Einhaltung der Bilanzierungsvorgaben eingebunden. Die in den Rechnungslegungsprozess eingebundenen Mitarbeiter werden regelmäßig geschult.

Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben des Rechnungslegungsprozesses werden durch interne fortlaufend aktualisierte Richtlinien vorgegeben. Es besteht ein klar strukturiertes turnusmäßiges rechnungslegungsbezogenes Berichts- und Meldewesen gegenüber dem Aufsichtsrat bzw. der Bankenaufsicht.

4. RISIKOSTRATEGIE UND GESAMTBANKSTEUERUNG

a) Risikostrategie

Wie die jüngste Entwicklung beweist, ist in der Branche der Finanzdienstleister und Banken das Risikomanagement von zentraler, ja überlebenswichtiger Bedeutung und wird daher in unserer Gesellschaft angemessen betrieben und ständig zeitnah weiterentwickelt.

Sämtliche Entscheidungen in allen Geschäfts- und Verantwortungsbereichen stehen grundsätzlich im Einklang mit der festgelegten Strategie.

Die Strategie liegt im Verantwortungsbereich des Vorstandes. Die Strategie ist mit dem Aufsichtsrat abgestimmt. Mindestens einmal jährlich ist eine Überprüfung bzw. sofern notwendig unmittelbar eine Anpassung erforderlich. Bei der Überprüfung der

Geschäftsstrategie ist die Risikostrategie ebenfalls heranzuziehen. Über die Geschäfts- und auch die Risikostrategie werden die Mitarbeiter zeitnah in Kenntnis gesetzt.

b) Gesamtrisikoprofil

Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erlassenen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) stellen Anforderungen an das Management aller für ein Institut wesentlichen Risiken. Daraus folgt die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit in der Form, dass diese wesentlichen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial (ökonomische Kapitaldeckung) laufend abgedeckt werden. Nach MaRisk müssen alle wesentlichen Risiken vom Institut angemessen identifiziert, beurteilt, gesteuert sowie überwacht und kommuniziert werden. Die Angemessenheit orientiert sich dabei an den methodischen und technischen Möglichkeiten (Ressourcen) sowie an der Geschäfts- bzw. Risikostruktur der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG. Da die MaRisk keine spezifischen Vorgaben bezüglich bestimmter Methoden oder Verfahren machen, werden nachfolgend das für die geschäftliche Struktur und Größe unseres Institutes angemessene Vorgehensmodell und die entsprechenden Risikocontrolling und -steuerungsprozesse dargestellt.

c) Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken wird das Risiko verstanden, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut seinem Vertragspartner auf Grund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist sowie das Wertverschlechterungsrisiko aus Beteiligungen. Diese Risiken wiederum untergliedern sich in Länder-, Kontrahenten- und Emittentenrisiken sowie Kreditrisiken.

Kontrahentenrisiken drücken die möglichen vollständigen oder auch teilweisen Wertverluste aus, die durch den Ausfall oder durch Bonitätsverschlechterungen einer Gegenpartei (Kontrahent) entstehen können, mit denen die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG Geschäfte betreibt.

Des Weiteren werden die Bonitätsrisiken von Wertpapieremittenten den Adressenausfallrisiken zugerechnet.

Als Länderrisiken werden Transfer- und Konvertierungsrisiken, sowie politische Risiken erfasst, die für uns auf Grund der Geschäftsaktivitäten weitestgehend bedeutungslos sind.

Unter dem Begriff Kreditrisiko sind die möglichen Wertverluste im kommerziellen Kreditgeschäft zusammengefasst, welches unser Institut als Wertpapierhandelshaus jedoch nicht betreibt.

Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit

In Anlehnung an die Definition der Adressenausfallrisiken erfolgt grundsätzlich eine strategische Risikoprüfung nur im Bereich der Kontrahenten- und Emittentenrisiken. Diese Adressenausfallrisi-

ken spielen für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG im Vergleich zu den anderen Risikoarten jedoch eine untergeordnete Rolle. Dies liegt zum einen am Wesen des Handelsgeschäftes, welches (Kassageschäfte = Zahlung gegen Lieferung) keine erheblichen Wiedereindeckungs- und Erfüllungsrisiken aufweist. Zum anderen an den von den Kontrahenten bei den Börsen zu hinterlegenden Sicherheiten, den zu erfüllenden Voraussetzungen des XETRA-Handel wie auch die verpflichtende Teilnahme an dem CCP der Deutschen Börse (am Börsenplatz Frankfurt).

Identifikation und Überwachung der Adressenausfallrisiken

In unserem Institut findet auf Grund der vorgenannten Relevanz für die Risikotragfähigkeitsbetrachtung keine laufende Bonitätsbeurteilung aller Geschäftspartner statt, da es sich bei diesen fast ausschließlich um Kreditinstitute handelt. Diese wiederum unterliegen den aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen. Nur in geringem Umfang findet ein Handel mit Kunden ohne Handelszulassung an inländischen Börsen statt. Die hierbei auftretenden Ausfallrisiken werden unter Einbindung des Vorstandes gesteuert. Die Überwachung und Kommunikation relevanter Risikopositionen und eine Bewertung in Bezug auf die Risikotragfähigkeit erfolgt im Rahmen des Risikoberichtes, welcher vierteljährlich vom Risiko-Controlling erstellt und der Geschäftsführung sowie dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben wird.

Auf eine gesonderte Limitierung des Adressenausfallrisikos aller Emittenten kann auf Grund des bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG vorliegenden Geschäftsmodells verzichtet werden, da dem besonderen Kursrisiko des Emittenten im Rahmen der Limitierung des Marktpreisrisikos auf der Basis geeigneter Verfahren angemessen Rechnung getragen wird. Für Aktien und Aktienfonds müssen in der Regel keine Emittentenlimite festgelegt werden. Adressenrisiken von Aktien spiegeln sich implizit im Marktpreisrisiko wieder, daher erfolgt die Limitierung und Überwachung der inhärenten Adressenrisiken von gehandelten Aktien im Zuge des Marktpreis-Risikocontrollings.

Die Emittentenrisiken, welche im Eigenhandel entstehen, werden auch nach Maßgabe der Großkrediteinzel- und Großkreditgesamtobergrenzen des § 13a KWG in Verbindung mit den Vorschriften der GroMiKV beobachtet und begrenzt. Unabhängig von einer Auslastung der Großkreditobergrenzen werden in der Handelsrichtlinie positionsbezogene Bestandsobergrenzen für die unterschiedlichen Arten von Finanzinstrumenten (Aktien, Genussscheine, Renten, Fonds) geregelt.

d) Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken werden nach MaRisk verstanden:

- Kursrisiken,
- Zinsänderungsrisiken,
- Währungsrisiken und
- Marktpreisrisiken aus Warengeschäften

Als Marktpreisrisiken können somit allgemein Preisveränderungen von Aktien, Anleihen, Fondsanteilen und Währungen auf Grund von Marktbewegungen bzw. Veränderungen der Zinsstrukturkurve oder von Volatilitäten angesehen werden.

Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit

Marktpreisrisiken wirken sich insofern auf die Risikotragfähigkeit unseres Institutes aus, dass sich der Kurs von Finanzinstrumenten im Vergleich zur allgemeinen Marktentwicklung abrupt und in einem Ausmaß verändert, welches die üblichen Kursänderungen deutlich übersteigt. Die Gründe hierfür sind zumeist der Sphäre des Emittenten des Finanzinstruments zuzurechnen. Beispiele hierfür sind u.a.:

erwartete oder tatsächliche Änderungen in den Anteilseignerstrukturen,
Ratingveränderungen,
Gewinnwarnungen oder
Insolvenz eines Emittenten

Identifikation und Überwachung der Marktpreisrisiken

Die Anforderungen an die Behandlung von Marktpreisrisiken bei Handelsgeschäften unterscheiden zum einen die Anforderungen an Handelsbuchpositionen sowie zum anderen an Anlagebuchpositionen.

In den zurückliegenden Geschäftsjahren sind weder Wertpapierkäufe für die Liquiditätsreserve getätigt noch sonstige Wertpapiere auf längere Sicht angeschafft worden. Anlagebuchpositionen existieren bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG derzeit nicht.

Im Handelsbuch der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG werden alle handelbaren Finanzinstrumente erfasst, welche zur kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolges gekauft bzw. gehalten werden. Sämtliche Geschäfte des Handelsbuches unterliegen somit den Vorschriften der Handelsrichtlinien. Folglich werden die Marktpreisrisiken durch die dort festgelegten Verlust- und Volumenlimite begrenzt. Dabei erfolgt eine Limitierung einerseits auf Ebene der einzelnen Wertpapierpositionen und andererseits auf der Ebene von Händlern bzw. Händlergruppen. Die Handelsrichtlinien sehen - abhängig von der Art des jeweiligen Finanzinstruments (Aktien, Genussscheine, Renten, Optionen, Future-Kontrakte) - unterschiedliche Begrenzungen der Einzelpositionen vor (in Stücken, Nominalbeträgen, Anzahl der Kontrakte).

Die Positionsverantwortlichen der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, also der einzelne Händler, der jeweilige Handelsbereich und der Handelsvorstand, werden durch eine ständige Aktualisierung in Echtzeit eines zentralen Positionsüberwachungs- und Geschäftserfassungsprogramms über die Größenordnungen der gehaltenen Wertpapiere informiert, auf deren Grundlage sie die Auslastung der vorgegebenen Limite selbstständig ermitteln können. Den einzelnen Handelsbereichen werden individuelle

Handelsvolumenslimite vorgegeben. Die Gesamtheit der von einem Handelsbereich gehaltenen Einzelpositionen darf ein vom Vorstand bestimmtes Gruppenvolumenlimit (Gesamtengagementgrenze) nicht überschreiten. Ferner wird der kumulierte Verlust auf Händler- wie auch auf der Bereichsebene durch eine entsprechende betragsmäßige Limitvorgabe begrenzt.

Die Erkenntnisse und Ergebnisse werden in einem täglichen Handelsbuch-Bericht zusammengefasst, welcher u.a. über die Gesamtpositionen aufgegliedert nach Long- und Shortpositionen, die realisierten sowie unrealisierten Handelsergebnisse, sowie die VaR-Auslastung der Wertpapierbestände informiert. Dieser wird den Geschäftsleitern am Folgetag vorgelegt.

Zur Kontrolle und Begrenzung der Marktpreisrisiken erfolgt die Festlegung der Einzel- und Gesamtlime im Handel unter Einbeziehung des Value-at-Risk (VaR). In diesem Zusammenhang kommt ein unter Ausnutzung des „Bloomberg-Systems“ implementiertes, standardisiertes Verfahren zur Anwendung, das den Value-at-Risk der Bestandspositionen ermittelt. Hierzu werden täglich die Daten des Handelsbestandes ausgelesen und über ein institutsintern entwickeltes Programm (Makro) über Bloomberg geleitet, welches täglich die VaR-Berechnung (sowohl in absoluten Zahlen als auch in Prozentangaben) für den gesamten Handelsbuchbestand vornimmt. Die Berechnungsergebnisse werden täglich an den Vorstand berichtet

e) Liquiditätsrisiken

Unter Liquiditätsrisiken werden alle Risiken verstanden, welche dazu führen, dass ein Institut seinen Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht und/oder in voller Höhe nachkommen kann.

Nach MaRisk hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG laufend zu überprüfen, inwieweit sie in der Lage ist, ihren Liquiditätsbedarf aus der geschäftlichen Tätigkeit abzudecken. Stellt sich dabei heraus, dass die Mittelabflüsse die Mittelzuflüsse (einschließlich der vorhandenen liquiden Bestände) übersteigen, so müssen entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden.

Um den Vorschriften der MaRisk zu entsprechen, führt die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG eine fortlaufende Liquiditätskontrolle durch. Unser Institut differenziert bei der Beurteilung der Liquiditätssituation des Unternehmens eine kurz- und mittelfristige Sicht, sowie eine langfristige Perspektive.

Bei der kurz- und mittelfristigen Liquiditätskontrolle erfolgt die Identifikation und Beurteilung der Situation auf der Grundlage der Liquiditätskennziffer der Grundsatz II Meldung. Das Meldewesen berichtet der Geschäftsleitung monatlich die relevante Kennziffer.

Bei der langfristigen Liquiditätskontrolle werden vom Rechnungswesen/Controlling den erwarteten Mittelabflüssen die kalkulierten Mittelzuflüsse in angemessener Weise gegenübergestellt. Grundlage dieser Liquiditätsplanung sind zum einen die realen

Mittelab- und -zuflüsse, welche sich aus den monatlichen Buchungsabschlüssen ergeben. Zum anderen dient der Business Plan als Grundlage für eine möglichst präzise Prognose zukünftiger Mittelzu- bzw. -abflüsse.

Das Risiko der Liquiditätsknappheit besteht grundsätzlich auch bei unserer eigenen Gesellschaft.

f) Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken werden alle Gefahren verstanden, welche ein Institut an der Ausübung seiner normalen Geschäftstätigkeit hindern können. Diese Gefahren können zum einen intern induziert sein und ihre Ursache in Unzulänglichkeiten bzw. Versagen interner Verfahren und Prozesse, der handelnden Personen im Institut oder der eingesetzten Systeme haben.

Zum anderen können diese Gefahren infolge externer Ereignisse auftreten. Diese differenzierte Sichtweise berücksichtigen wir auch bei der Überwachung und Beurteilung der operativen Risiken für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG.

Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit

Die Auswirkungen operationeller Risiken auf die Risikotragfähigkeit unseres Institutes sind grundsätzlich schwer quantifizierbar. Umso mehr ist in der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ein Risikomanagement implementiert, welches potenzielle Gefahrenquellen bestmöglich eindämmt. Das Ziel dieses Risikomanagements im operationellen Bereich ist neben der Risikoidentifikation und -analyse die Vermeidung operationeller Risiken oder zumindest die Minderung der Schäden, die durch den Eintritt operationeller Risiken auftreten können. Die hierfür nötigen Risikobegrenzungsmaßnahmen müssen unter Kosten- und Nutzenaspekten jedoch sachgerecht sein.

Identifikation und Überwachung der Operationellen Risiken

Externe Perspektive

Die Abwicklung von Handelsgeschäften an den Börsen erfolgt zum Großteil bei HSBC Trinkaus & Burkhardt AG. Das Outsourcing des Systembetriebs sowie von Teilen des Rechnungs- und Meldewesens wird über einen Partner mit langjähriger Expertise und hohem Verlässlichkeitsgrad realisiert. Die Auslagerung der hochtechnisiert durchgeführten Geld- und Stückerbuchhaltung stellt überdies sicher, dass die Positionsführungsdaten ständig von dritter Seite überprüft und auf Plausibilität überwacht werden. Das Risiko, auf falsche Bestandsangaben aufzusetzen, wird durch diese Auslagerung minimiert.

Interne Perspektive

Zur Abwicklung des bestehenden Handelsgeschäfts verfügt die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG über eine adäquate Infrastruktur. Dies umfasst sowohl die zum Handel und dessen Über-

wachung erforderlichen technischen Systeme als auch die notwendige Dokumentation der Prozesse.

Zur Abwicklung des Geschäfts verfügt die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG über gut ausgebildete Mitarbeiterkapazitäten. Vor dem Hintergrund evtl. Erweiterungen der Geschäftsfelder bzw. der Einführung zusätzlicher Produkte, bzw. dem Start entsprechender Projektaktivitäten ist – je nach Komplexität der einzelnen Produkte – zusätzliches Fachwissen erforderlich.

Die disziplinierte Einhaltung der vorgegebenen Regelungen sollte alle wesentlichen operationellen Risiken minimieren. Sollten sich darüber hinaus dennoch wesentliche operationelle Risiken verwirklichen (Eintritt eines bedeutenden Schadensfalls oder Hinweise auf ein bevorstehendes Risiko), so sind die entsprechenden Ursachen situativ und unverzüglich zu analysieren. Ziel dieser Ursachenanalyse ist, effektive Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen, welche eine Wiederholung des Schadenereignisses entweder ausschließen, unwahrscheinlicher machen oder die Schadenshöhe begrenzen. Diese Maßnahmen sind in der Folge zeitnah durch entsprechende Prozesse und Regelungen zu institutionalisieren.

Operationelle Risiken sind nie ganz auszuschließen, können in allen Bereichen jederzeit auftreten und bedürfen einer kontinuierlichen Identifizierung und Überwachung.

Das Ausscheiden von Schlüsselmitarbeitern könnte zu einer überproportionalen Reduzierung der Erträge führen.

Bemessung und Eigenmittelunterlegung der Operationellen Risiken

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ermittelt die aufsichtsrechtlichen Anrechnungsbeträge für das operationale Risiko nach dem so genannten Basisindikatoransatz gemäß § 270 SolV.

g) Sonstige Risiken

Definition der sonstigen Risiken

Neben den vorgenannten wesentlichen Risiken für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG umfasst das Gesamtrisikoportfolio eines Institutes auch weitere Risiken. Dies könnten zum Beispiel sein:

- Geschäftsfeldrisiken
- Strategische Risiken
- Reputationsrisiken
- Rechtsrisiken

Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit

Unter den drei erstgenannten Risiken werden alle Gefahren verstanden, welche gegebenenfalls nur mittelbare Auswirkungen

auf unser Institut haben können. Die Auswirkungen sonstiger Risiken auf die Risikotragfähigkeit unseres Institutes sind jedoch grundsätzlich schwer quantifizierbar.

Identifikation und Überwachung der Sonstigen Risiken

Die sonstigen Risiken werden von der Geschäftsleitung im regelmäßigen Überprüfungs- und Definitionsprozess der strategischen Planung eingehend erörtert und dokumentiert. Auf Grund unserer Institutsgröße und mangels hinreichend detaillierter Fachkenntnis werden wir uns im Bedarfsfall unabhängiger Stellen zur Beurteilung von Rechtsrisiken bedienen. Diese Stellen verfügen auf Grund ihrer fachlichen Spezialisierung sowie der langjährigen Zusammenarbeit mit unserem Haus über ausreichende Detailkenntnisse, um zu einer institutsspezifischen Beurteilung relevanter Fragestellungen zu gelangen.

Wesentlichkeitsanalyse

Die Definition einer mit der Geschäftsstrategie im Einklang stehenden Risikostrategie hat zum Ziel, dass die wesentlichen Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG frühzeitig und vollständig erfasst sowie angemessen dargestellt werden sollen. Dabei geht die Bankenaufsicht davon aus, dass für alle deutschen Institute

- Adressenausfallrisiken (einschließlich Länderrisiken),
- Marktpreisrisiken
- Liquiditätsrisiken sowie
- operationelle Risiken

wesentliche Risikoarten darstellen.

Auf Basis des Gesamtrisikoportals hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG für die Einzelrisiken eine Wesentlichkeitsanalyse nach den Kriterien Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt durchgeführt.

Liquiditätsrisiken, sowohl Refinanzierungs- als auch Liquiditätsrisiken im engeren Sinne, zählen aufgrund der bilanziellen Gesamtsituation nicht zu den wesentlichen Risikokategorien und werden somit in Anlehnung an MaRisk AT 4.1 Tz 3 nicht in das Risikotragfähigkeitskonzept einbezogen.

Begründen lässt sich dies durch die hohe Fungibilität und Liquidität der Aktivseite der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zu den in Relation geringen Verbindlichkeiten.

Die Refinanzierung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG basiert vorwiegend auf Eigenmitteln. Somit ist das Risiko nicht verfügbarer Refinanzierung als nicht wesentlich anzusehen. Darüber hinaus wird die Liquiditätssituation auf Tagesbasis überwacht. Negative operative Trends und Tendenzen, die zu einer Verschlechterung der Liquiditätssituation führen könnten, werden somit frühzeitig erkannt.

Die dargestellte Wesentlichkeitseinschätzung der Liquiditätsrisiken ist eine Zeitpunktbetrachtung und muss daher regelmäßig überprüft werden. Aufgrund kurzfristiger Änderungen in den Marktbedingungen oder anderer Faktoren kann sich diese Einschätzung jederzeit als nicht mehr zutreffend erweisen. Die regelmäßige Überprüfung der Wesentlichkeitsanalyse sowie eine ggf. unterjährige Anpassung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen liegt in der Verantwortung der Geschäftsführung.

Zusammengefasst definiert die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG aktuell Adressenausfallrisiken (einschließlich Länderrisiken), Marktpreisrisiken sowie operationelle Risiken als wesentlich.

Risikokonzentration und -korrelation

Innerhalb der wesentlichen Risiken hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank derzeit zwei Risikokonzentrationen identifiziert. Dabei handelt es sich um ein strategisches sowie ein operationales Risiko, die wiederum Liquiditätsrisiken nach sich ziehen und somit stark korrelieren.

Geschäftsfeld Skontroführung

Die operativen Erträge der Gesellschaft werden im Wesentlichen über die Funktion als Skontroführer an den Börsen erwirtschaftet. Diesbezüglich besteht eine Abhängigkeit der Zuteilung bzw. der Prolongation der Eigenschaft als Skontroführer in den einzelnen Gattungen bzw. generell. Eine wesentliche Veränderung der heutigen Position und der monetären Rahmenbedingungen als Skontroführer in den verschiedenen Segmenten wie auch Standorten (Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg) könnte nicht kostendeckende Geschäftsstrukturen nach sich ziehen.

Bestandsführungs- und Handelssysteme

Bezüglich der Handelssysteme inkl. Bestandsverwaltung arbeitet die Gesellschaft bereits seit Jahren mit einem externen Anbieter zusammen. Es handelt sich um einen in diesem Segment etablierten Anbieter. Auftretende Probleme bei diesen Systemen könnten aufgrund der Komplexität nicht kurzfristig über einen anderen Anbieter ausgeglichen werden. Auftretende Probleme könnten einen negativen Einfluss auf die Stellung als Skontroführer haben. Im schlimmsten Fall droht der Entzug der Eigenschaft als Skontroführer.

Unser Handelssystem wird nach unseren Anforderungen kontinuierlich aktualisiert.

Risikotragfähigkeitskonzept

Die Sichtweise der Risikotragfähigkeit wird u.a. mit der Säule 1 von Basel II (den Mindestkapitalanforderungen) regulatorisch vorgeschrieben. So besagt § 2 der Basel II konkretisierenden Solvabilitätsverordnung (SolV): „Ein Institut verfügt über angemessene Eigenmittel, wenn es täglich zum Geschäftsschluss so-

wohl die Eigenkapitalanforderungen für Adressenausfallrisiken und das operationelle Risiko nach Absatz 2 als auch die Eigenmittelanforderungen für Marktrisiken nach Absatz 3 erfüllt.“ In Ergänzung hierzu stellt § 4 SolV klar, welche Adressrisiko- und Marktrisikopositionen anrechnungspflichtig, also mit Eigenmitteln bzw. Eigenkapital zu unterlegen sind. Die Pflicht zur Eigenmittelunterlegung besteht für die Gesellschaft gemäß § 269, 270 SolV gleichfalls für die operationellen Risiken der Gesellschaft.

Die vorgenannten anrechnungspflichtigen Risiken müssen von der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG fortlaufend quantifiziert werden, um zuverlässig beurteilen zu können, ob die Risiken nicht das Risikodeckungspotenzial (Eigenmittel, haftendes Eigenkapital) übersteigen und damit die Risikotragfähigkeit der Geschäftsstruktur möglicherweise gefährdet ist.

Die entsprechenden Vorschriften wurden im Gesamtjahr 2009 eingehalten.

5. CHANCEN UND RISIKEN ZUKÜNFTIGER ENTWICKLUNGEN

Änderungen der Börsenstrukturen

Der Handel in Wertpapieren - Aktien, Fonds, Renten und Genussrechte - ist die Keimzelle der Gesellschaft und nach wie vor das wesentliche operative Standbein. Im Handel ist der Trend der Orderausführung auf elektronischen Plattformen (XETRA/Scoach) bereits seit Jahren im Gange. Weitere Anbieter versuchen über eigene Plattformen wie z. B. Turquoise und Chi-X als Konkurrenz zum XETRA – System der Deutsche Börse AG Umsätze - insbesondere in den liquiden großen Werten - zu generieren. Aufsehen erregte der im November 2009 mitgeteilte mehrheitliche gesellschaftsrechtliche Einstieg der Deutsche Börse AG bei der Tradegate Exchange GmbH sowie mit einem Anteil von 5 % an der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank von der Berliner Effektengesellschaft AG. Ziel ist der weitere europäische Ausbau von Tradegate als Retailbörse. Die Entwicklung dieser Zusammenarbeit und evtl. Auswirkungen auf unsere Geschäftsbereiche sind derzeit noch nicht abschließend einzuschätzen.

Die Position als Skontroführer in Frankfurt konnten wir vorerst durch die weitere Zuteilung von Aktienskonten im regulierten Markt durch die Deutsche Börse AG vom 1. Oktober 2009 bis zum 28. Februar 2012 festigen. Der Börsenrat der FWB Frankfurter Wertpapierbörse hat allerdings am 1. März 2010 die Einstellung des skontroführerbasierten Präsenzhandels im regulierten Markt mit Wirkung zum 28. Februar 2012 beschlossen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt - nach dem kommunizierten Willen der Deutschen Börse AG im Konsens mit den Skontroführern lieber früher - wird es in Frankfurt die Tätigkeit der Maklerschaft in der jetzigen Form nicht mehr geben. Spätestens dann wird der Handel im regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse ausschl. über das elektronische Handelssystem XETRA erfolgen.

An die Stelle des Skontroführers tritt die Funktion eines Spezialisten.

Die detaillierte Ausgestaltung der vorgesehenen neuen „Spezialistentätigkeit“ der heutigen Skontroführung in Frankfurt spätestens ab diesem Zeitpunkt wie auch den hiermit zusammenhängenden Wegfall der Aufgabengeschäfte, welche wesentlich höhere Kapitalerfordernisse bzw. -anforderungen an die Teilnehmer mit sich bringen wird, ist derzeit noch nicht geklärt. Unser Haus ist in verschiedenen zukunftsorientierten Abstimmungsprozessen integriert. Der Ausgang ist als offen zu bezeichnen. Ob unser Haus am Spezialistenmodell teilnehmen will bzw. darf sowie die Umsetzung entsprechender Maßnahmen ist zu gegebener Zeit zu entscheiden.

Die Gesellschaft wird das ihrerseits Notwendige dazu beitragen, durch Investitionen in erforderliche Technik, geeignete Mitarbeiter und das Einhalten vorgegebener Qualitätsrichtlinien, die Eignung als Skontroführer den verschiedenen Handelsplätzen nachzuweisen.

Der Markteintritt weiterer Börsen in den Fondshandel birgt für die Ertrags- und Geschäftslage der Gesellschaft gleichermaßen Chancen wie Risiken. Auf der einen Seite kann dies zu einem Verdrängungswettbewerb unter den Börsenplätzen führen und damit die bestehenden Erträge schmälern. Auf der anderen Seite ist das Marktsegment noch so jung, dass ein breites und kräftiges Marktwachstum möglich erscheint, von dem alle Handelsplätze profitieren.

Hinsichtlich der zu befürchtenden Sonderumlagezahlungen an die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen wegen des Schadensfalles Phoenix bestehen weiterhin Unwägbarkeiten über den tatsächlichen Zeitpunkt und die Höhe künftiger Sonderbeiträge. Diese könnten mittelfristig auch höher als die in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen von EUR 0,9 Mio. sein und damit das Ergebnis auch zukünftig belasten.

Nachdem im Rahmen einer Sonderprüfung des Geschäftsbereiches „Gamma Trading“ in 2008 Versäumnisse des Vorstandes festgestellt worden sind, hat der Aufsichtsrat die seinerzeit amtierenden Vorstände wegen Verletzung ihrer Vorstandspflichten in Anspruch genommen. Gleichzeitig wurde die Inanspruchnahme in 2008 der von der Gesellschaft abgeschlossenen D&O Versicherung angezeigt. Dort wird der Vorgang zurzeit geprüft.

Zweigniederlassung

Die Gesellschaft unterhält eine Zweigstelle in Frankfurt.

6. AKTIENRECHTLICHE ANGABEN

a) Angaben zur Vergütungsstruktur für die Organmitglieder

Vergütung des Vorstandes

Der Vorstand erhält für seine Tätigkeit eine feste monatliche Grundvergütung sowie einen Firmenwagen zur Verfügung gestellt. Wird der Firmenwagen nicht in Anspruch genommen, wird der Gegenwert vergütet. Der Vorstand erhält darüber hinaus eine variable Vergütung (Tantieme) die vom Aufsichtsrat festgelegt wird.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Tätigkeit des Aufsichtsrats wird durch Sitzungsgelder vergütet. Diese betragen für den Vorsitzenden EUR 1.500, den stellvertretenden Vorsitzenden EUR 1.125 und die weiteren Mitglieder EUR 750 pro Sitzung.

b) Erklärung über die Unternehmensführung

Die Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB ist auf unserer Internetseite unter folgendem Link veröffentlicht:

<http://www.schnigge.de/investor-relations/geschaeftsberichte.html>

c) Angaben zur Kapitalstruktur - Übernahmerelevante Informationen

Zusammensetzung des Grundkapitals

Das Grundkapital beträgt EUR 2.801.785,00. Das Grundkapital ist eingeteilt in 2.801.785 auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien. Der rechnerische Nennbetrag pro Aktie beträgt EUR 1,00. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Alle Rechte und Pflichten ergeben sich aus dem Aktiengesetz, insbesondere aus den §§ 12, 133 und 174.

Beteiligungen am Grundkapital der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG

Großaktionär der Gesellschaft ist seit dem 19. Dezember 2007 die Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG, Frankfurt, welche zum Bilanzstichtag 90,147 % der Stückaktien hielt. Die sonstigen Anteile befinden sich in Streubesitz.

Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über Satzungsänderungen

Hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften für die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands verweisen wir auf die

§§ 84, 85 AktG und hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften für die Änderung der Satzung auf §§ 133, 179 AktG.

Die Satzung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bestimmt Folgendes:

Die Hauptversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit das Gesetz nicht zwingend etwas anderes vorschreibt. Dabei gilt Stimmenthaltung nicht als Stimmabgabe. Sofern das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, ist, sofern das Gesetz nicht zwingend weitergehende Erfordernisse aufstellt, außer der Mehrheit der abgegebenen Stimmen eine Mehrheit von $\frac{3}{4}$ des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals erforderlich.

Befugnisse des Vorstands zur Ausgabe und zum Rückkauf von Aktien

Informationen zu den Befugnissen des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen, sind im Anhang des Jahresabschlusses unter dem Punkt „Eigenkapital“ aufgeführt.

Der Vorstand wurde durch die Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 zu einer Kapitalerhöhung (genehmigtes Kapital 2008) ermächtigt. Der Vorstand ist hierbei ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates über den Ausschluss des Bezugsrechtes zu entscheiden. Das Bezugsrecht kann ausgeschlossen werden:

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen,
- bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen zur Gewährung von Aktien zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen,
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Gattung und Ausstattung nicht wesentlich im Sinne der §§ 203 Abs. 1 und 2, 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unterschreitet und die unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten, und zwar weder im Zeitpunkt der Erteilung oder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung,
- um Inhabern von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, die von der Gesellschaft ausgegeben werden, ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung ihres Wandlungs- bzw. Optionsrechts zustehen würde, jedoch nur, soweit die Aktien nicht bereits aufgrund eines bedingten Kapitals gewährt werden können.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG hat keine wesentlichen Vereinbarungen getroffen, die unter der Bedingung eines

Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen. Auch wurden den Mitgliedern des Vorstands und Arbeitnehmern keine Entschädigungen im Falle eines Übernahmeangebots zugestanden.

7. BESONDERE EREIGNISSE NACH SCHLUSS DES GESCHÄFTSJAHRES

Der Börsenrat der FWB Frankfurter Wertpapierbörse hat am 1. März 2010 die Einstellung des skontroführerbasierten Präsenzhandels im regulierten Markt mit Wirkung zum 28. Februar 2012 beschlossen. Spätestens mit Ablauf der Übergangsfrist am 28. Februar 2012 wird der Handel im regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse aussch. über das elektronische Handelssystem XETRA erfolgen. An die Stelle des Skontroführers tritt die Funktion eines Spezialisten. Die detaillierte Ausgestaltung des Spezialistenmodells und der Zeitpunkt der Einführung sind noch offen. Die Auswirkung gegenüber der durch die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bisher ausgeübten Tätigkeit als Skontroführer im regulierten Markt in Frankfurt bleibt abzuwarten.

Zum 31. Dezember 2009 bestanden Anfechtungsklagen von Herrn Hofmann und weiteren Klägern betreffend den Jahresabschluss 2006 sowie gegen die Beschlüsse der Hauptversammlung im Jahr 2007, die beim Amtsgericht Düsseldorf anhängig waren. Die Klagen wurden in erster Instanz vom Landgericht Düsseldorf am 28. Juli 2008 abgewiesen. Nach erneuter Verhandlung am 3. Dezember 2009 wurde die Berufung des Klägers mit Beschluss vom 2. Februar 2010 vom Oberlandesgericht Düsseldorf abgewiesen.

8. AUSBLICK

Die Aussichten für die Weltwirtschaft haben sich sukzessive im Laufe des Jahres 2009 beträchtlich aber regional differenziert verbessert. In Japan und Europa verläuft die Erholung weniger dynamisch als zum Beispiel in Lateinamerika und den asiatischen Schwellenländern. Die Wirtschaft des Euroraumes hat im 3. Quartal letzten Jahres die Rezession überwunden. Nach einem Konjunkturrückgang im vergangenen Jahr wird in Deutschland in 2010 wieder mit einem Wirtschaftswachstum gerechnet.

Risiken für die Weltwirtschaft könnten sich aus der bedenklichen Situation der Geld- und Fiskalpolitik resultierend aus der Krise ergeben. Ein reibungsloser Ausstieg aus der stark expansiven Politik wäre zwar wünschenswert, um Inflationsrisiken zu begegnen, stellt allerdings eine große Herausforderung dar, solange große Unsicherheiten über die zugrunde liegende wirtschaftliche Situation und die Reaktionen der Märkte auf konkrete Ausstiegsmaßnahmen bestehen.

Die Bankenbranche dürfte auch weiterhin im Mittelpunkt aufsichtsrechtlicher Diskussionen stehen, da Regierungen und Aufsichtsbehörden eine Wiederholung der Finanzkrise zu verhindern

versuchen. Der Fokus dieser Überlegungen dürfte dabei auf den Themen Angemessenheit und Qualität der Kapitalausstattung, Liquidität und Refinanzierung wie auch Aktivitäten im Eigenhandel liegen. Die Auswirkungen auch auf unser Geschäftsmodell können derzeit nicht eingeschätzt werden. Von den auch hieraus resultierenden geringeren Umsätzen wie auch den kontinuierlich erhöhten aufsichtsrechtlichen Anforderungen kann sich unser Unternehmen - das auch nicht mal ansatzweise für die Krise mitverantwortlich ist - als mittelbar Betroffene sehen.

Die ersten 3 Monate des neuen Börsenjahres haben sich bei geringer Umsatztätigkeit als sehr schwierig erwiesen. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen versuchen wir wieder ein positives Ergebnis in 2010 zu erzielen.

8. SCHLUSSERKLÄRUNG DES ABHÄNGIGKEITSBERICHTS

Der Vorstand erklärt, dass die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Die Gesellschaft ist nicht benachteiligt worden. Berichtspflichtige Maßnahmen haben im Geschäftsjahr nicht vorgelegen.

Düsseldorf, den 24. März 2010

SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG
Der Vorstand

Florian Weber

Martin Liedtke





>> Jahresabschluss 2009

BILANZ ZUM 31.12.2009

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 2009

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2009

>> Bilanz zum 31. Dezember 2009

AKTIVA	Stand am 31.12.2009 EUR	Stand am 31.12.2008 EUR
1. Barreserve Kassenbestand	501,99	158,20
2. Forderungen an Kreditinstitute a) täglich fällig b) andere Forderungen	3.906.476,54 0,00 3.906.476,54	80.864,53 80.401,53 161.266,06
3. Forderungen an Kunden darunter: an Finanzdienstleistungsinstitute EUR 2.695,61 (i. V. EUR 0,00)	66.676,27	12.719,29
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere a) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 0,00 (i. V. EUR 0,00)	311.064,07	365.482,60
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.171.095,14	15.409.938,74
6. Beteiligungen darunter: an Kreditinstituten EUR 0,00 (i. V. EUR 0,00) an Finanzdienstleistungsinstituten EUR 0,00 (i. V. EUR 0,00)	0,00	1,00
7. Treuhandvermögen	28.753,83	26.025,79
8. Immaterielle Anlagewerte	1.157.264,00	1.659.866,00
9. Sachanlagen	304.605,55	301.432,99
10. Sonstige Vermögensgegenstände	96.284,16	165.968,16
11. Rechnungsabgrenzungsposten	48.511,70	50.092,75
Summe Aktiva	10.091.233,25	18.152.951,58

PASSIVA

	Stand am 31.12.2009 EUR	Stand am 31.12.2008 EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten täglich fällig	609.934,68	9.375.818,27
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	74.042,64	0,00
3. Treuhandverbindlichkeiten	28.753,83	26.025,79
4. Sonstige Verbindlichkeiten	392.339,35	958.699,65
5. Rückstellungen		
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	120.773,00	114.607,00
b) Steuerrückstellungen	177.625,00	0,00
c) andere Rückstellungen	1.762.952,85	1.615.805,58
	2.061.350,85	1.730.412,58
6. Nachrangige Verbindlichkeiten	1.000.000,00	1.000.000,00
7. Fonds für allgemeine Bankrisiken	360.000,00	0,00
8. Eigenkapital		
a) gezeichnetes Kapital (bedingtes Kapital EUR 1.400.892,00)	2.801.785,00	2.801.785,00
b) Kapitalrücklage	2.121.072,00	2.121.072,00
c) Gewinnrücklage		
ca) gesetzliche Rücklage	66.328,91	66.328,91
cb) andere Gewinnrücklagen	0,00	260.249,38
d) Bilanzgewinn (i. V. Bilanzverlust)	575.625,99	-187.440,00
	5.564.811,90	5.061.995,29
Summe Passiva	<u>10.091.233,25</u>	<u>18.152.951,58</u>

>> GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG VOM 01.01.2009 BIS 31.12.2009

	2009 EUR	2008 EUR
1. Zinserträge aus		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	22.173,57	65.955,04
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	33.582,85 55.756,42	11.108,86 77.063,90
2. Zinsaufwendungen	121.868,84 -66.112,42	77.975,87 -911,97
3. Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festver- zinslichen Wertpapieren	146.799,64	192.647,79
4. Provisionserträge	4.049.879,49	3.554.897,39
5. Provisionsaufwendungen	429.862,21 3.620.017,28	490.894,01 3.064.003,38
6. Nettoertrag aus Finanzgeschäften		
a) Ertrag aus Finanzgeschäften		
davon:		
aa) Wertpapiere	7.906.065,07	9.140.136,78
ab) Futures	889,02	13.037,50
ac) Optionen	688,78	4.947.917,49
ad) Kursdifferenzen aus Aufgabengeschäften	14.265.896,51	20.968.615,41
	22.173.539,38	35.069.707,18
b) Aufwand aus Finanzgeschäften		
davon:		
ba) Wertpapiere	7.897.855,70	12.858.082,94
bb) Futures	2.537,00	0,00
bc) Optionen	270,01	5.384.336,68
bd) Kursdifferenzen aus Aufgabengeschäften	10.793.135,59	15.986.590,85
	18.693.798,30	34.229.010,47
7. Sonstige betriebliche Erträge	242.379,33	151.550,75
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	2.844.640,40	2.617.882,70
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	336.946,98	251.139,00
darunter:		
für Altersversorgung		
EUR 6.166,00 (i. V. EUR 5.851,00)		
b) andere Verwaltungsaufwendungen	2.534.709,10 5.716.296,48	3.379.300,84 6.248.322,54

	2009 EUR	2008 EUR
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	655.064,57	257.211,09
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	17.252,68	23.497,00
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie aus der Zuführung von Rückstellungen aus dem Kreditgeschäft	196.620,00	100.000,00
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	1,00	0,00
13. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	360.000,00	0,00
14. Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,00	2.180.000,00
15. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	477.590,18	-201.043,97
16. Erstattete Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-25.881,25	-301,69
17. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 10 ausgewiesen	654,82	155,65
18. Jahresüberschuss (i. V. Jahresfehlbetrag)	502.816,61	-200.897,93
19. Verlustvortrag aus dem Vorjahr (i. V. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr)	-187.440,00	13.457,93
20. Entnahmen aus Gewinnrücklagen a) aus anderen Gewinnrücklagen	260.249,38	0,00
21. Bilanzgewinn (i. V. Bilanzverlust)	<u>575.625,99</u>	<u>-187.440,00</u>

>> ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2009

A ALLGEMEINE ANGABEN UND BILANZIERUNGSÄNDERUNGEN

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG wurde nach den allgemeinen Vorschriften des HGB, des AktG sowie nach der für Kreditinstitute und für Finanzdienstleistungsinstitute geltenden Verordnung über die Rechnungslegung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt entsprechend § 2 RechKredV nach Formblatt 1 und 3. Vom Wahlrecht des § 265 Abs. 8 HGB wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit Gebrauch gemacht.

Die im Geschäftsjahr 2008 im Geschäftsbereich Skontroführung erworbenen Skontren wurden im Vorjahresabschluss als Erwerb von Einzelskontren bilanziert. Da wirtschaftlich jedoch keine Einzelskontren, sondern Marktanteile in Form von Rechten auf Skontroführung an der Frankfurter Wertpapierbörse erworben wurden, erfolgte im Berichtsjahr die Änderung der Bilanzierung derart, dass lediglich noch zwei Vermögensgegenstände, das Recht auf Skontroführung im regulierten Markt und das Recht auf Skontroführung im Freiverkehr, bilanziert werden. Im Rahmen der im Berichtsjahr durch die Frankfurter Wertpapierbörse erfolgten Neuverteilung der Aktien-Skontren waren außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund verminderter Marktanteile von TEUR 43 notwendig. Ohne die Änderung der Bilanzierung wären deutlich höhere Abschreibungen notwendig gewesen.

B BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

1. Allgemeines

Der Jahresabschluss wurde unter Berücksichtigung der Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

Geschäfte in fremder Währung wurden im Geschäftsjahr 2009 in geringfügigem Umfang zur Abwicklung von kundeninduzierten Wertpapiergeschäften getätigt. Die Währungsumrechnung erfolgte gemäß § 340h HGB.

Forderungen an Kreditinstitute sind mit dem Nennwert ausgewiesen. Aufgrund von Kompensationsvereinbarungen werden Forde-

rungen an Kreditinstitute und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Euro teilweise verrechnet.

Forderungen an Kunden sind zum Nennwert ausgewiesen. Alle erkennbaren Einzelrisiken wurden bei der Bewertung berücksichtigt.

Die im Bestand befindlichen Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind dem Handelsbestand zugeordnet und unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bilanziert. Als Anschaffungskosten wurden dabei die gewichteten, durchschnittlichen Anschaffungskosten herangezogen. Die Bewertung der börsennotierten Wertpapiere erfolgte mit den Jahresschlusskursen in absteigender Folge der liquiden Märkte, soweit nicht ein niedrigerer Ansatz angezeigt war. Die nicht börsennotierten Wertpapiere wurden mit den letzten Geldkursen im außerbörslichen Telefonhandel, bei Nichtvorliegen von aktuellen Kursen mit den Kursen des letzten Umsatzes bewertet, soweit nicht ein niedrigerer Ansatz angezeigt war.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger, nutzungsbedingter Abschreibungen bilanziert. Das erworbene Recht auf Skontroführung für Titel des regulierten Marktes wird linear über eine Laufzeit von vier Jahren (i. V. Einzelskontren ebenfalls vier Jahre) abgeschrieben. Für Aktien-Skontren des regulierten Marktes erfolgte nach einer Skontrenneuverteilung für korrigierte Marktanteile im Berichtsjahr zudem eine außerplanmäßige Abschreibung. Das erworbene Recht auf Skontroführung im Freiverkehr unterliegt einer linearen Abschreibung von zehn Jahren (i. V. Einzelskontren ebenfalls zehn Jahre). Im Übrigen erfolgen die planmäßigen Abschreibungen linear mit den steuerlich zulässigen Sätzen.

Seit dem 1. Januar 2008 werden geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis EUR 150,00 im Zugangsjahr in voller Höhe abgeschrieben und als Abgang behandelt. Für abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit Anschaffungskosten über EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 ist gemäß § 6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten gebildet. Dieser wird im Wirtschaftsjahr der Bildung und in den folgenden vier Wirtschaftsjahren mit je 20 % aufgelöst.

Die sonstigen Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert angesetzt. Die Aktivwerte der Rückdeckungsversicherungen wurden mit dem Deckungskapital gemäß Schreiben der Versicherung bilanziert.

Die Verbindlichkeiten wurden zu Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem Teilwert unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 6 % angesetzt. Bei der Berechnung wurden die Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt.

Die anderen Rückstellungen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten, drohende Verluste aus schwebenden Aufgabengeschäften sowie in Form einer Aufwandsrückstellung für den Sonderbeitrag der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen, Berlin, für den Entschädigungsfall Phönix gebildet. Dabei wurden für Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden Aufgabengeschäften alle erkennbaren Risiken berücksichtigt. Sie sind mit dem vorsichtig geschätzten Erfüllungsbetrag bewertet.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde nach 2007 erneut der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB dotiert, der das Jahresergebnis entsprechend verschlechterte.

2. Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG und § 285 Nr. 16 HGB

Vorstand und Aufsichtsrat haben letztmals im Dezember 2009 erklärt, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ mit wenigen Ausnahmen entsprochen wird. Diese sind auf der Internetseite der Gesellschaft dauerhaft unter folgendem Link veröffentlicht:

<http://www.schnigge.de/investor-relations/geschaeftsberichte.html>

C ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

I. BILANZ

1. Fristengliederung bestimmter Bilanzposten nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV

Die Forderungen an Kunden haben eine Restlaufzeit von bis zu drei Monaten.

2. Fremdwährung

Zum Bilanzstichtag betrug der Währungsbestand eines in US Dollar geführten Bankkontos TEUR 1.

3. Wertpapiere

Für die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen Wertpapiere ergibt sich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1 RechKredV folgende Aufgliederung:

Bilanzpositionen	Buchwert TEUR	davon börsen- notiert TEUR	davon nicht börsen- notiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	311	311	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.171	4.085	86
	4.482	4.396	86

Die Aktien und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere enthalten nachrangige Genussrechte in Höhe von TEUR 9.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthalten einen Teilbetrag von TEUR 76, der innerhalb des auf den Bilanzstichtag folgenden Jahres fällig wird.

4. Anteilsbesitz

Das Insolvenzverfahren über das Vermögen der econia AG i.L., Köln wurde durch Beschluss des Amtsgericht Köln vom 13. März 2009 nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit eingestellt, so dass per 31. Dezember 2009 keine Beteiligungen mehr im Anteilsbesitz gehalten werden.

5. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich wie folgt entwickelt:

	Anschaffungskosten			Stand am 31.12.2009 TEUR
	Stand am 1.1.2009 TEUR	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	
Immaterielle Anlagewerte	1.915	9	0	1.924
Sachanlagen	1.832	158	33	1.957
	3.747	167	33	3.881

	Abschreibungen		Buchwert Stand am 31.12.2009 TEUR
	2009 TEUR	kumuliert TEUR	
Immaterielle Anlagewerte	511	767	1.157
Sachanlagen	144	1.652	305
	655	2.419	1.462

Die Gesellschaft besitzt keine eigenen genutzten Grundstücke oder Gebäude.

Die in den Sachanlagen enthaltene Betriebs- und Geschäftsausstattung dient in Höhe von TEUR 204 dem eigenen Geschäftsbetrieb.

6. Treuhandvermögen und -verbindlichkeiten

Das Treuhandvermögen besteht aus Anzahlungen zum Kauf von Wertpapieren, die VL-Sparer im Zusammenhang zwischen den von diesen und der Gesellschaft geschlossenen Wertpapier-Sparverträgen für vermögenswirksame Leistungen auf das Treuhandkonto eingezahlt haben.

7. Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 96 enthalten im Wesentlichen mit TEUR 21 Forderungen gegen einen Mitarbeiter und mit TEUR 62 Forderungen aus Steuern.

8. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 392 enthalten im Wesentlichen mit TEUR 285 offene Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen, davon TEUR 62 Verbindlichkeiten gegenüber einem verbundenen Unternehmen, sowie mit TEUR 81 Verbindlichkeiten aus abzuführender Lohn- und Kirchensteuern.

9. Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen in Höhe von TEUR 1.763 entfallen im Wesentlichen mit TEUR 905 auf Beiträge (davon TEUR 900 für EdW-Sonderbeiträge für den Entschädigungsfall Phoenix), mit TEUR 355 auf Tantiemen, mit TEUR 110 auf Jahresabschluss-, Beratungs- und sonstige Prüfungskosten sowie mit TEUR 78 auf Dienstleistungs- und Rechtsanwaltskosten.

10. Nachrangige Verbindlichkeiten

In dem Darlehensvertrag vom 26. Mai 2008 mit der Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg, wurde vereinbart, dass ein nachrangiges Darlehen in Höhe von TEUR 1.000 zur Verfügung gestellt wird, das den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG entspricht. Das Nachrangdarlehen wird mit 8,0 % p. a. verzinst.

Bei den nachrangigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

Die Aufwendungen für das nachrangige Darlehen in Höhe von TEUR 80 sind als Zinsaufwendungen verbucht.

Die Augur Financial Opportunity SICAV tritt mit ihrer Forderung auf Rückzahlung des Darlehens hinter sämtliche Forderungen derzeitiger und künftiger Gläubiger der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, die keinen Rangrücktritt erklärt haben („Vorrangforderungen“), in dem Umfang und so lange zurück, wie es zur Vermeidung einer Überschuldung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG erforderlich ist. Demgemäß kann die Augur Financial Opportunity SICAV die Begleichung der Forderung nur insoweit verlangen, wie entweder sämtliche Vorrangforderungen vollständig beglichen sind oder aber das nach Rückzahlung der

Forderung verbleibende freie Vermögen der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zur Begleichung sämtlicher Vorrangforderungen ausreicht.

Soweit der Rangrücktritt reicht, ist die Forderung der Augur Financial Opportunity SICAV auf dem Rang des § 39 Absatz 2 InsO beschränkt.

Das Darlehen wird der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG fest für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren ab Vollauszahlung des Darlehens zur Verfügung gestellt. Nach Ablauf des vorbezeichneten Zeitraums kann sowohl die Augur Financial Opportunity SICAV, als auch die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG das Darlehen jeweils ganz oder teilweise mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderquartals ordentlich kündigen.

Eine Beschränkung des Nachrangs sowie eine Verkürzung der Laufzeit im Wege einer nachträglichen Änderung der Vereinbarung ist ausgeschlossen.

Die Aufrechnung des Darlehens gegen Forderungen der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist ausgeschlossen.

11. Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Geschäftsjahr 2009 wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken TEUR 360 zugeführt.

12. Eigenkapital

Grundkapital

Das Grundkapital der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG setzt sich am Bilanzstichtag unverändert zusammen aus 2.801.785 Stückaktien mit einem rechnerischen Nennwert von EUR 1,00 je Aktie.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage resultiert mit EUR 1.681.071,00 aus der im Rahmen der Kapitalerhöhung in 2008 erfolgten Ausgabe von 560.357 neuen Stückaktien zu einem Ausgabepreis von EUR 4,00 je Aktie (§ 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB), sowie mit EUR 440.000,00 aus der im Rahmen der Sachkapitalerhöhung erfolgten Ausgabe von 110.000 neuen Stückaktien zu einem Ausgabepreis von EUR 5,00 je Aktie (§ 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB) im Geschäftsjahr 2007. Weiterhin resultiert EUR 1,00 aus der Herabsetzung des Grundkapitals im Geschäftsjahr 2005 durch Einziehung einer Inhaberstückaktie in vereinfachter Form nach § 237 Abs. 3 Nr. 1 AktG.

Gesetzliche Rücklage

Nach § 150 Abs. 1 AktG ist eine gesetzliche Rücklage zu bilden. Diese beträgt gemeinsam mit der Kapitalrücklage, da die Satzung keinen höheren Wert bestimmt hat, 10 % des Grundkapitals (§ 150 Abs. 2 AktG). Die gesetzliche Rücklage nach § 150 Abs. 2 AktG ist voll dotiert.

Andere Gewinnrücklagen

Aus den anderen Gewinnrücklagen wurden im Geschäftsjahr die bisher eingestellten Rücklagen in Höhe von TEUR 260 entnommen.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand der Gesellschaft ist zu folgenden Kapitalerhöhungen ermächtigt:

Mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 wurde das in der Hauptversammlung vom 30. August 2005 genehmigte Kapital 2005, das bis dahin bis auf EUR 395.357,00 aufgebraucht war, aufgehoben.

Der Vorstand wird mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 ermächtigt, bis zum 23. Juni 2014 das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmal oder mehrfach um bis zu insgesamt EUR 1.400.892,00 durch Ausgabe von bis zu 1.400.892 neuen Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2009). Den Aktionären ist das Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen. Ein Bezugsrechtsausschluss ist jedoch nur in bestimmten Fällen zulässig.

Bedingtes Kapital

Der Beschluss über die Ermächtigung zur Ausgabe von Options- und/oder Wandelanleihen und die Schaffung des Bedingten Kapitals 2005 vom 30. August 2005 wurde in der ordentlichen Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 aufgehoben und durch einen neuen Beschluss über die Erteilung einer Ermächtigung zur Ausgabe von Options- und/oder Wandelanleihen und der Schaffung eines neuen Bedingten Kapitals 2009 ersetzt

Der Vorstand wurde durch die Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 7.000.000,00 mit Wandlungsrecht oder mit in Optionsscheinen verbrieften Optionsrechten auf bis zu 1.400.892 neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von insgesamt bis zu EUR 1.400.892,00 und einer Laufzeit von längstens 20 Jahren nach näherer Maßgabe der Options- und/oder Wandelanleihebedingungen auszugeben (Schuldverschreibungen). Die Ausgabe der Schuldverschreibungen kann auch

gegen Erbringung einer Sachleistung erfolgen. Die Ermächtigung umfasst auch die Möglichkeit, für von Konzerngesellschaften (d.h. hundertprozentige unmittelbare oder mittelbare Beteiligungsgesellschaften der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG) ausgegebene Schuldverschreibungen die erforderlichen Garantien zu übernehmen und zur Erfüllung der mit diesen Schuldverschreibungen eingeräumten Wandlungs- oder Optionsrechte auf den Inhaber lautende Aktien der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zu gewähren.

Die Ermächtigung gilt bis zum 23. Juni 2014. Die Schuldverschreibungen können einmalig oder mehrmals, insgesamt oder in Teilen begeben werden. Die einzelnen Teilschuldverschreibungen sind mit unter sich jeweils gleichrangigen Rechten und Pflichten versehen.

13. Beteiligungen an der Gesellschaft gemäß § 21 WpHG

Im Geschäftsjahr 2009 haben wir keine Mitteilungen nach § 21 Abs. 1 WpHG über Veränderungen erhalten. Zum 31. Dezember 2009 beträgt der Anteil der Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, an unserer Gesellschaft 90,147 %.

II. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**1. Sonstige betriebliche Erträge**

Der Posten enthält im Wesentlichen mit TEUR 110 Kostenerstattungen sowie mit TEUR 62 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

2. Periodenfremde Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten TEUR 84 periodenfremde Erträge. Sie betreffen mit TEUR 62 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, TEUR 9 Erstattung von Börsengebühren TEUR 7 Gebührenerstattungen aus abgeschlossenen Gerichtsverfahren sowie Gebührenerstattung öffentlicher Einrichtungen in Höhe von TEUR 6.

Unter den erstatteten Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sind periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 191 und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 161 enthalten.

3. Honorare für Prüfungs- und Beratungsleistungen

Nach § 285 Nr. 17 HGB sind folgende als Aufwand erfasste Honorare für den Abschlussprüfer des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 angefallen:

a) Abschlussprüfung	TEUR 61
b) Sonstige Bestätigungsleistungen (Prüfung nach § 36 WpHG)	TEUR 14
c) Steuerberatungsleistungen	TEUR 0
d) Sonstige Leistungen	TEUR 15

D SONSTIGE ANGABEN

1. Haftungsverhältnisse

Entsprechend dem Börsengesetz wurden gegenüber diversen deutschen Börsen sowie gegenüber der Deutschen Börse AG wegen Teilnahme am XETRA-Handel Sicherheiten in Form von Avalen bei der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, in Höhe von TEUR 2.000 sowie darüber hinaus Mietavale von TEUR 80 geleistet. Hierfür wurden die laufenden Guthabenkonto, das Festgeldkonto sowie sämtliche Depots bei diesem Institut verpfändet.

Märkte, die sich aus organisatorischer Sicht wesentlich voneinander unterscheiden (§ 34 Abs. 2 RechKredV), liegen nicht vor.

2. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen zum Bilanzstichtag aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen in Höhe von TEUR 1.111. Sie gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt auf:

Laufzeit bis 1 Jahr	TEUR	238
Laufzeit über 1 bis 5 Jahre		873
Gesamt	TEUR	1.111

Verpflichtungen aus Aufgabengeschäften sind in den anderen Rückstellungen enthalten.

3. Derivative Finanzinstrumente und Finanzanlagen

Derivative Finanzinstrumente bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Es besteht kein Finanzanlagevermögen, das über seinem Zeitwert ausgewiesen wird (§ 285 Nr. 19 HGB).

4. Organmitglieder und deren Bezüge

Mitglieder des **Aufsichtsrats** der Gesellschaft:

Günther Peter Skrzypek, Vorstand, (Vorsitzender), Oberursel

Vorsitzender des Aufsichtsrates

- VERITAS Investment Trust GmbH, Frankfurt/M.
- Formaxx AG, Hannover

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates

- cash.life AG, Pullach
- max.xs financial services AG, Frankfurt/M.

Mitglied des Aufsichtsrates

- DARAG Deutsche Versicherungs- und Rückversicherungs-

Aktiengesellschaft, Berlin

- DEV A/S, Kopenhagen/Dänemark

Mitglied des Verwaltungsrates

- Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg/Luxemburg
- Augur Financial Holding I S.A., Luxemburg/Luxemburg
- Augur Financial Holding IV S.A., Luxemburg/Luxemburg
- Augur FIS, Luxemburg/Luxemburg

Mitglied des Beirates

- Wink Stanzwerkzeuge GmbH & Co. KG, Neuenhaus
- EWABO Chemikalien GmbH & Co. KG, Wietmarschen

Dr. Thomas Schmitt, Vorstand, (stellvertretender Vorsitzender), Königstein

Vorsitzender des Aufsichtsrates

- DARAG Deutsche Versicherungs- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin
- cash.life AG, Pullach
- max.xs financial services AG, Frankfurt/M.

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates

- VERITAS Investment Trust GmbH, Frankfurt/M.

Mitglied des Verwaltungsrates

- Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg/Luxemburg
- Augur Financial Holding II S.A., Luxemburg/Luxemburg
- Augur Financial Holding III S.A., Luxemburg/Luxemburg
- Augur FIS, Luxemburg/Luxemburg
- Augur Capital Advisors S.A., Luxemburg/Luxemburg

Anthony Michael Coveney, Investmentbanker, Ralgate/
Großbritannien (bis 31. Dezember 2009)

Mitglied des Verwaltungsrates

- ThomasLloyd Global Asset Management (Schweiz) AG,
Zürich/Schweiz
- ThomasLlyod Global Asset Management Holding AG,
Zug/Schweiz

Herr Anthony Michael Coveney hat sein Amt als Aufsichtsrat der
SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG mit Wirkung zum 31. De-
zember 2009 niedergelegt.

Dr. Jürgen Frodermann, Rechtsanwalt, Düsseldorf
(ab 1. Januar 2010)

Vorsitzender des Aufsichtsrates

- ACM AG, Aachen
- ComS.I.T. AG, Zolling
- Incam AG, Meerbusch

Mitglied des Aufsichtsrates

- financialbot.com AG, Meerbusch
- KEP AG, Köln

Beirat

- Victoria Beratungs GmbH, Frankfurt/M.

Der Vorstand hat am 7. Dezember 2009 beim zuständigen Han-
delsregister gem. § 104 AktG beantragt, Herrn Dr. Jürgen Fro-
dermann, Düsseldorf, gerichtlich bis zur nächsten Hauptver-
sammlung zum Aufsichtsratsmitglied zu bestellen. Gemäß Be-
schluss des Amtsgerichts Düsseldorf vom 11. Dezember 2009
wurde Herr Dr. Jürgen Frodermann mit Wirkung zum 1. Januar
2010 zum Mitglied des Aufsichtsrates bestellt.

Es liegen keine gewährten Kredite oder Vorschüsse für die Mit-
glieder des Aufsichtsrates vor.

Mitglieder des **Vorstandes** der Gesellschaft:

Florian Weber, Bankkaufmann, Krefeld (Vorsitzender)

Martin Liedtke, Bankkaufmann/-betriebswirt, Rosbach
zugleich Mitglied des Vorstandes der Concord Capital
Management AG, Frankfurt/M.

Die Organmitglieder besitzen keine Aktien der Gesellschaft.

Aufwendungen für die Mitglieder des Aufsichtsrates fielen im Ge-
schäftsjahr 2009 in Höhe von TEUR 24 an.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2009
betrugen TEUR 576, davon entfielen auf Herrn Florian Weber
TEUR 303 (davon TEUR 273 erfolgsunabhängige und TEUR 30
erfolgsabhängige Komponenten) und Herrn Martin Liedtke

TEUR 273 (davon TEUR 243 erfolgsunabhängige Bezüge und
TEUR 30 erfolgsabhängige Komponenten).

Den Vorstandsmitgliedern ist für den Fall der Beendigung ihrer
Tätigkeit bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düssel-
dorf, im Rahmen einer vertraglichen Konkurrenzklausel unter Be-
dingungen eine Karenzentschädigung in Höhe von 50 % des je-
weiligen Fixgehalts zugesagt, die für die Dauer von 24 Monaten
nach Beendigung des Vorstandsvertrages gilt.

5. Konzernzugehörigkeit

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist ein verbundenes
Unternehmen innerhalb der Augur Capital-Gruppe. Die Augur Fi-
nancial Opportunity SICAV, Luxemburg/Luxemburg ist in Luxem-
burg von der Aufstellungspflicht für einen Konzernabschluss be-
freit.

6. Mitarbeiter

In 2009 waren bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG -
inklusive Vorstand - durchschnittlich 25 Mitarbeiter beschäftigt.
Am Bilanzstichtag waren 27 Angestellte beschäftigt, die sich ge-
trennt nach Handel und Verwaltung wie folgt aufteilen:

	Anzahl
Vorstand	2
Angestellte Handel	20
Angestellte Verwaltung	5
	27

7. Bilanzergebnis und Ergebnisverwendung

Das Bilanzergebnis hat sich wie folgt entwickelt:

Stand am 1.1.2009 (Bilanzverlust)	EUR -187.440,00
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen	260.249,38
Jahresüberschuss 2009	502.816,61
Stand am 31.12.2009 (Bilanzgewinn)	EUR 575.625,99

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung folgende Verwen-
dung des Bilanzgewinns vor:

1.) EUR 0,20 Dividende je gewinnberechtigter Stückaktie	EUR 560.357,00
2.) Gewinnvortrag	15.268,99
Bilanzgewinn per 31.12.2009	EUR 575.625,99

Düsseldorf, 18. März 2010

SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG
Der Vorstand

Florian Weber

Martin Liedtke

>> BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der **SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf**, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handels- und aktienrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwie-

gend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, 24. März 2010

Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Matthias Kopka
Wirtschaftsprüfer

Jens-Uwe Herbst
Wirtschaftsprüfer

>> CORPORATE GOVERNANCE BERICHT

Corporate Governance steht für eine gute und verantwortungsbewusste Unternehmensführung und -kontrolle, die im Interesse aller Stakeholder auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtet sind. Diese Definition bildet das Fundament der engen und effizienten Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, der transparenten Kommunikation mit den Aktionären sowie der ordnungsgemäßen Rechnungslegung und Abschlussprüfung. Den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Version vom 18. Juni 2009 entspricht die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG weitestgehend. Lediglich in vier Punkten weicht SCHNIGGE auch weiterhin aufgrund von unternehmensspezifischen Gegebenheiten von den Empfehlungen ab. Vorstand und Aufsichtsrat haben im Dezember 2009 gemeinsam die nach § 161 AktG erforderliche Entsprechenserklärung abgegeben und den Aktionären dauerhaft unter www.schnigge.de zugänglich gemacht. Zusätzlich ist sie auf Seite 34 des Geschäftsberichts abgedruckt und somit Bestandteil dieses Corporate Governance Berichts.

Aktionäre und Hauptversammlung

Die Aktionäre nehmen ihre Rechte in der Hauptversammlung wahr. Alle zur Entscheidungsbildung benötigten Unterlagen stehen den Aktionären rechtzeitig auch auf der Unternehmenshomepage zur Verfügung. Die Aktionäre können ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl oder einen von der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zur Verfügung gestellten Stimmrechtsvertreter ausüben und ihnen Weisungen erteilen. Im Anschluss an die Hauptversammlung werden den Aktionären sowohl die Rede des Vorstandsvorsitzenden als auch alle Abstimmungsergebnisse auf der Internetseite der Gesellschaft zur Verfügung gestellt.

Zusammenwirken und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG arbeiten eng zusammen. Sowohl in der Erklärung des Vorstands zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB, die den Aktionären auf der Internetseite der Gesellschaft zur Verfügung steht, sowie im Aufsichtsratsbericht, der Bestandteil dieses Geschäftsberichtes ist (s. Seite 35), sind sowohl Vorstand als auch Aufsichtsrat näher auf die Praxis der Zusammenarbeit eingegangen.

Der Vorstand der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG besteht unverändert aus den beiden Mitgliedern Florian Weber (Vorsitzender des Vorstands) und Martin Liedtke (CFO, COO). Während Florian Weber für die Bereiche Handel, Sales, Public und Investor Relations, Endkundengeschäft sowie Marketing verantwortlich zeichnet, ist Martin Liedtke für Finanzen, Organisation, Ab-

wicklung und Kontrolle, Corporate Finance sowie Personal zuständig. Die Vorstandsmitglieder sind ausschließlich dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Mögliche Interessenkonflikte sind unverzüglich dem Aufsichtsrat mitzuteilen, dieses war im vergangenen Berichtsjahr nicht nötig.

Dem Aufsichtsrat gehören gemäß Satzung drei Mitglieder an. Zum Ende des Berichtsjahrs kam es zu einer personellen Veränderung in der Besetzung des Aufsichtsrats. Anthony M. Coveney hat sein Mandat als Aufsichtsrat der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zum 31. Dezember 2009 niedergelegt. Auf Vorschlag von Aufsichtsrat und Vorstand bestellte das Amtsgericht Düsseldorf mit Wirkung vom 1. Januar 2010 den Rechtsanwalt Dr. Jürgen Frodermann zum Mitglied des Aufsichtsrats. Nach eigener Einschätzung gehört dem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl an unabhängigen Mitgliedern an. Über etwaige Interessenkonflikte berichtet der Aufsichtsrat der Hauptversammlung. Hierzu ist es im Geschäftsjahr 2009 nicht gekommen.

Transparenz

Der Anspruch der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG an eine transparente Kommunikation beinhaltet bereits seit Jahren die unverzügliche Veröffentlichung aller relevanten Informationen auf der Internetseite des Unternehmens unter www.schnigge.de. Darunter fallen neben sämtlichen Presse- und Ad-hoc-Mitteilungen auch die Finanzberichte und Unternehmenspräsentationen. Der Finanzkalender informiert über die regelmäßigen Veröffentlichungstermine sowie über anstehende Kapitalmarktevents. Nach § 15a Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) sind unter anderem die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG verpflichtet, den Erwerb und die Veräußerung von SCHNIGGE-Aktien offenzulegen. SCHNIGGE veröffentlicht diese Directors' Dealings unverzüglich auf der Unternehmenshomepage unter der Rubrik Investor Relations/Corporate Governance. Zurzeit besitzt kein Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied Aktien der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG.

Ebenfalls ist die Gesellschaft verpflichtet, Aktienoptionsprogramme detailliert darzulegen. Bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG existieren zurzeit keine Bonusprogramme dieser Art.

Die Vergütungsstrukturen des Vorstands und des Aufsichtsrats hat die Gesellschaft in einem separaten Vergütungsbericht näher erläutert. Dieser ist sowohl auf der Internetseite des Unternehmens unter Investor Relations/Corporate Governance als auch in diesem Geschäftsbericht auf Seite 36 zu finden.

>> ENTSPRECHENSERKLÄRUNG ZUM DEUTSCHEN CORPORATE GOVERNANCE KODEX

Aufsichtsrat und Vorstand der Schnigge Wertpapierhandelsbank AG erklären gemäß § 161 AktG, den Empfehlungen des „Deutschen Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 18. Juni 2009 mit folgenden Ausnahmen zu entsprechen:

1. Für Vorstand und Aufsichtsrat wurde vor dem 05.08.2009 (Inkrafttreten des VorstAG) (Kodex Ziff. 3.8) eine D&O-Versicherung abgeschlossen. Diese beinhaltet für den Vorstand pro Schadensfall einen Selbstbehalt von € 5.000,00. Die Gesellschaft hält einen Selbstbehalt für Aufsichtsratsmitglieder insbesondere vor dem Hintergrund der Höhe der Aufsichtsratsvergütungen nicht für sachgerecht.
2. Eine Altersgrenze für Vorstände ist nicht festgelegt (Kodex Ziff. 5.1.2). Alter und Leistungsfähigkeit werden bei der jeweiligen Bestellung berücksichtigt. Die grundsätzliche Festlegung einer bestimmten Altersgrenze wird seitens Aufsichtsrat und Vorstand nicht für sachgerecht erachtet.

3. Unter Berücksichtigung der Größe der Gesellschaft und des Aufsichtsrates wurden keine Ausschüsse gebildet (Kodex Ziff. 5.3).
4. Bei der Vergütung des Aufsichtsrates ist derzeit keine erfolgsorientierte Vergütung vorgesehen (Kodex Ziff. 5.4.6). Aufsichtsrat und Vorstand sind der Ansicht, dass das bestehende Vergütungssystem besser geeignet ist, die Unabhängigkeit des Aufsichtsrates zu gewährleisten.

Düsseldorf, im Dezember 2009

Der Aufsichtsrat und der Vorstand



>> ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG

Die Erklärung zur Unternehmensführung (§ 289a HGB) beinhaltet die Entsprechenserklärung, Angaben zu Unternehmensführungspraktiken und die Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat. Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG verfolgt dabei das Ziel, die Darstellung der Unternehmensführung übersichtlich und prägnant zu halten.

- Entsprechenserklärung (<http://www.schnigge.de/investor-relations/geschaeftsberichte.html>)
- Angaben zu angewandten Unternehmensführungspraktiken (siehe unten)
- Arbeitsweise des Vorstands und Aufsichtsrats (siehe unten)

Angaben zu angewandten Unternehmensführungspraktiken

Die Gesellschaft wendet alle gesetzlich vorgeschriebenen Unternehmensführungspraktiken an. Weitere unternehmensweit gültige Standards, wie ethische Standards, Arbeits- und Sozialstandards existieren nicht.

Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Vorstandsvorsitzende führt als Handelsvorstand im Wesentlichen das operative Geschäft; auch der Finanzvorstand ist eng in die operativen Aktivitäten eingebunden und führt ebenfalls einen operativen Geschäftsbereich. Insbesondere obliegt dem Finanzvorstand jedoch neben Controlling und Rechnungslegung die Überwachung und Kontrolle der Abwicklung der Geschäftsabläufe.

Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands. Satzungs-mäßig besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern, darüber hinaus wird die Zahl seiner Mitglieder vom Aufsichtsrat bestimmt. Der Aufsichtsrat entscheidet, ob es einen Vorsitzenden geben soll, benennt diesen und beschließt, ob stellvertretende Mitglieder oder ein stellvertretender Vorsitzender bestellt werden sollen. Der Aufsichtsrat erlässt eine Geschäftsordnung für den Vorstand, die einen Katalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte sowie einen Geschäftsverteilungsplan enthält. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats entscheidet, ob die Vorstandsmitglieder an den Sitzungen des Aufsichtsrats teilnehmen sollen. Schließlich gibt sich der Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung.

Ein aus zwei Mitgliedern bestehender Vorstand hat sich bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bewährt: ein Vorsitzender und ein Finanzvorstand. Die Geschäftsverteilung zwischen beiden Mitgliedern ergibt sich aus dem Geschäftsverteilungsplan. Der Vorstand nimmt an allen Sitzungen des Aufsichtsrats teil, berichtet schriftlich und mündlich zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und Beschlussvorlagen und beantwortet die Fragen der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder. Die Beschlussanträge

werden den Mitgliedern des Aufsichtsrats zwei Wochen vor der Sitzung schriftlich mitgeteilt, eine ausführliche schriftliche Unterlage erhält der Aufsichtsrat eine Woche vor seiner Sitzung. Von der Möglichkeit, Beschlüsse im schriftlichen Umlaufverfahren zu fassen, wird verhältnismäßig selten und nur in Fällen Gebrauch gemacht, die besonders eilbedürftig sind. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erläutert jedes Jahr die Tätigkeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse in seinem Bericht an die Aktionäre und in der Hauptversammlung. Insbesondere der Vorsitzende des Aufsichtsrats trifft sich regelmäßig mit dem Vorstand bzw. tauscht sich über sonstige Kommunikationsmittel aus und erörtert mit diesem aktuelle Fragen. Außerhalb dieser Treffen informiert der Vorstand den Aufsichtsratsvorsitzenden mündlich und zeitnah schriftlich über aktuelle Entwicklungen. Ausschüsse zu einzelnen Themenbereichen werden auf Grund der Unternehmensgröße nicht gebildet.

• Mitglieder des Aufsichtsrats

Günther P. Skrzypek, Frankfurt (Vorsitzender)
 Dr. Thomas Schmitt, Frankfurt (stv. Vorsitzender)
 Anthony M. Coveney, London (Niederlegung zum 31.12.2009)
 Dr. Jürgen Frodermann, Düsseldorf (gerichtlich bestellt zum 1.1.2010)

• Bericht des Aufsichtsrats 2009

Teil des Geschäftsberichts 2009 (Seite 37), auch zu finden unter folgendem Link: <http://www.schnigge.de/investor-relations/geschaeftsberichte.html>

Düsseldorf, im März 2010

Der Vorstand

>> VERGÜTUNGSBERICHT

Stand: April 2010

Der Vergütungsbericht gibt einen Überblick über die Strukturen der Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung.

Vergütung des Vorstands

Der Aufsichtsrat berät im Plenum über Vorschläge zur Vergütung des Vorstands, zum Vergütungssystem und zu dessen regelmäßiger Überprüfung sowie über den Abschluss, die Änderung und Beendigung der Anstellungsverträge mit den Mitgliedern des Vorstands. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden neben der Größe und Tätigkeit der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG und der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens auch die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds und der persönliche Beitrag am Erfolg der Gesellschaft. Daher setzt sich die Vergütung aus 2 Bestandteilen zusammen: Ein fixes Jahresgehalt, welches monatlich gezahlt wird und regelmäßig vom Aufsichtsrat auf seine Angemessenheit überprüft wird.

Eine ergebnisabhängige Tantieme, die sich am Jahresergebnis orientiert und ein fester Prozentsatz hiervon vertraglich bestimmt ist.

Sonstige Vergütungsbestandteile bestehen in der Bereitstellung eines Firmenwagens der oberen Mittelklasse, der auch privat genutzt werden kann, sowie der Bereitstellung eines Telefons inklusive Internetzugang, welches ebenfalls privat genutzt werden kann. Pensionszusagen für Vorstandsmitglieder existieren nicht. Vorstandsmitglieder erhalten keine Kredite.

Den Vorstandsmitgliedern ist für den Fall der Beendigung ihrer Tätigkeit bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG im Rahmen einer vertraglichen Konkurrenzklausel unter Bedingungen eine Karenzentschädigung in Höhe von 50 % des jeweiligen Fixgehalts zugesagt, die für die Dauer von 24 Monaten nach Beendigung des Vorstandsvertrages gilt. Im Falle einer Übernahme bestehen keine sogenannten „Change of Control“-Klauseln.

Gesamtbezüge des Vorstands

in TEUR	Gehalt	Jahresbonus	Sonstiges	Gesamt
2008	548	36	75	659
2009	480	60	0	540

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Aufsichtsratsvergütung wird gemäß § 8 Abs. 6 der Satzung von der Hauptversammlung festgelegt. Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 8. Februar 2005 wurde der Verwaltungsvorschlag, die Vergütung des Aufsichtsrats auf fixe Sitzungsgelder festzulegen, angenommen. Vorstand und Aufsichtsrat sind der Auffassung, dass ein erfolgsunabhängiges Vergütungssystem besser geeignet ist, die Unabhängigkeit des Aufsichtsrats zu gewährleisten. Die Vergütungen werden pro Sitzung berechnet und einmal jährlich gezahlt. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält 1.500,00 Euro, der stellvertretende Vorsitzende 1.125,00 Euro und alle anderen Mitglieder erhalten 750,00 Euro.

Gesamtbezüge des Aufsichtsrats

in TEUR	Feste Vergütung gesamt
2008	24
2009	24

Sämtliche Auslagen, die im Zusammenhang mit der Aufsichtsrats Tätigkeit anfallen, sowie die auf die Bezüge anfallende Umsatzsteuer werden den Aufsichtsratsmitgliedern ersetzt. Auch die Aufsichtsratsmitglieder erhalten keine Kredite.

>> BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Der Aufsichtsrat hat im abgelaufenen Geschäftsjahr die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Neben regelmäßigen Aufsichtsratssitzungen, hat er sich vom Vorstand laufend über alle wesentlichen Geschäftsvorfälle und die Entwicklung der Finanzkennzahlen berichten lassen und die Arbeit des Vorstands überwacht und begleitet. Der Vorstand hat dabei den Aufsichtsrat zeitnah schriftlich und mündlich über die Geschäftspolitik, grundsätzliche Fragen der künftigen Geschäftsführung, über die wirtschaftliche Lage und strategische Weiterentwicklung, die Risikolage und das Risikomanagement sowie über bedeutsame Geschäftsvorfälle unterrichtet und mit ihm hierüber beraten. Abweichungen des Geschäftsverlaufs und der Ergebnisentwicklung von den Plänen und Zielen wurden im Einzelnen erläutert und vom Aufsichtsrat geprüft. In Entscheidungsprozessen von wesentlicher Bedeutung für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG war der Aufsichtsrat stets eingebunden. Angesichts der Tatsache, dass der Aufsichtsrat aus drei Personen besteht, wurde auf die Bildung von Ausschüssen verzichtet.

Die Geschäftsausrichtung mit dem strategischen Ziel, zusätzliche Erträge auch unabhängig von den Courtagelerlösen zu generieren, die Neustrukturierung von bestehenden Geschäftsfeldern und die Aufnahme neuer Aktivitäten wurden vom Aufsichtsrat intensiv begleitet. Fortlaufend unterrichtete der Vorstand den Aufsichtsrat zudem über die finanzielle Entwicklung sowie zur Risikosituation des Unternehmens. Gegenstand regelmäßiger Beratungen waren die Unternehmenszahlen, die Ergebnis- und Beschäftigungsentwicklung sowie die Entwicklung der Geschäftsbereiche im Einzelnen.

Im Berichtsjahr haben vier Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden. Schwerpunkt der Beratungen zwischen Vorstand und Aufsichtsrat bildete die strategische und organisatorische Ausrichtung des Unternehmens im auch in 2009 weiterhin unruhigen Marktumfeld. Weitere Themen waren auch die Positionierung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG im Kapitalmarkt, ihre finanzielle Entwicklung, wichtige Geschäftsergebnisse sowie die aktuellen Entwicklungen im Börsenumfeld und die sich daraus für neue Geschäftsfelder ergebenden Chancen. Der Aufsichtsrat wurde auch zwischen den einzelnen Sitzungen über Vorhaben informiert, die von besonderer Bedeutung waren.

Der Aufsichtsrat hat sich weiterhin mit Haftungsfragen im Zusammenhang mit dem Handelskonzept Gamma Trading befasst.

Der Jahresabschluss der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zum 31. Dezember 2009 einschließlich des Lageberichtes der Gesellschaft sowie des Berichts des Vorstandes über Beziehungen zu anderen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) ist unter Einbeziehung der Buchführung durch die Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, geprüft worden. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der Abschluss zum 31. Dezember 2009 einschließlich des Lageberichtes sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden von Seiten des Aufsichtsrats sorgfältig geprüft. An den Beratungen des Aufsichtsrats hat entsprechend den gesetzlichen Vorschriften in der Sitzung vom heutigen Tage der Abschlussprüfer teilgenommen. Der Prüfer hat seinen Bericht eingehend erläutert und weiterführende Fragen des Aufsichtsrats ebenso beantwortet wie der Vorstand selbst.

Der Aufsichtsrat hat den vom Abschlussprüfer geprüften Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) geprüft. Der Jahresabschlussprüfer hat den Abhängigkeitsbericht mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Bestätigungsvermerk lautet im Wortlaut:

„Aufgrund unserer Prüfung erteilen wir den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk in folgender Fassung:

Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstands im Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 Abs. 3 AktG und gegen die Ergebnisse der Prüfung des Abhängigkeitsberichts durch den Jahresabschlussprüfer.

Zum Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer bestehen seitens des Aufsichtsrats ebenfalls keinerlei Einlassungen. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss gebilligt. Der Jahresabschluss per 31. Dezember 2009 ist damit festgestellt. Der Aufsichtsrat schließt sich dem Vorschlag des Vorstandes an, aus dem Bilanzgewinn eine Bardividende in Höhe von 0,20 Euro je Aktie auszuschütten (560.357,00 Euro), sowie 15.268,99 Euro als Gewinnvortrag auf neue Rechnung auszuweisen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeitern für die erfolgreiche Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Düsseldorf, den 29. April 2010

Günther P. Skrzypek
Vorsitzender des Aufsichtsrats

>> INVESTOR RELATIONS

Ansprechpartner

Florian Weber
Berliner Allee 10
40212 Düsseldorf
Telefon ++49 (0) 211 13861-0
Fax ++49 (0) 211 13861-49

E-Mail contact@schnigge.de

Termine

22.6.2010 Hauptversammlung im Industrie-Club e. V.,
Düsseldorf

Weitere Informationen

erhalten Sie schnell und aktuell über die Homepage
www.schnigge.de

- Aktienkurs
- Geschäftsberichte und Zwischenberichte
- Ad-hoc- und Pressemeldungen





SCHNIGGE
Wertpapierhandelsbank AG

Berliner Allee 10
40212 Düsseldorf
Telefon ++49 (0) 211 13861-0
Fax ++49 (0) 211 13861-49

E-Mail contact@schnigge.de